

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.
Redaktion und Verwaltung: Prag II., Křižkova 15. • Telefon: 26795, 31409. • (Nachredaktionen): 26797 • Postfachamt: 57544

11 Jahrgang.

Freitag, 18. Dezember 1931

Nr. 294.

Lavals Wahlreform erledigt!

Paris, 17. Dezember. Die Wahlreform war heute neuerlich Gegenstand einer Debatte in der Deputiertenkammer. Ministerpräsident Laval ersuchte — ohne jedoch hierbei die Vertrauensfrage zu stellen — die Wahlreform an die Tagesordnung der nächsten Mittwoch stattfindenden Sitzung zu setzen. Deputierter Perriot sprach sich im Namen der Linksoption dagegen aus und kritisierte die vorgeschlagene Reform als Angriff gegen eine demokratische Einrichtung. Der Antrag Lavals wurde dann mit 234 gegen 228 Stimmen abgelehnt. Die Wahlreform in der von der Regierungsmehrheit vertretenen Fassung kann nach dieser Abstimmung als erledigt angesehen werden.

Das Gegenstück zum Freispruch Horats!

Oberste Gerechtigkeit für Major.

Brünn, 17. Dezember. Der Oberste Gerichtshof in Brünn sollte heute um 10 Uhr in Angelegenheit der Nichtigkeitsbeschwerde des Abgeordneten Stephan Major sein Urteil, durch das die Nichtigkeitsbeschwerde des Angeklagten verworfen wird. Die Nichtigkeitsbeschwerde des öffentlichen Anklägers, der forderte, daß die Tat als Verbrechen qualifiziert werde, wird ausgesprochen. Infolgedessen werden die Urteile der beiden Gerichte niedriger Instanzen aufgehoben und Abgeordneter Major zu einer Kerkerstrafe in der Dauer von einem Jahr und vier Monaten als Hauptstrafe und zu einer Geldstrafe von 2000 K. im Nichterbringungsfall zu weiteren zwanzig Tagen Kerkers, zum Amtverlust für fünf Jahre und zum Verlust des Wahlrechts für drei Jahre als Nebenstrafe verurteilt. Der Rat des Obersten Gerichtshofs Dr. Ruzbaum begründete hierauf das Urteil.

Das Blutbad in Voitsberg.

Wien, 17. Dezember. (Eigenbericht.) Die Schießerei in Voitsberg ist auf eine offenbar ganz beabsichtigte Provokation durch die Heimwehr zurückzuführen. Während in Voitsdorf zwei Versammlungen, eine sozialdemokratische und eine hakenkreuzlerische, tagten, hat die Gendarmen auf eine Anzeige hin das Rathaus durchsucht und in einem unversperrten Raum angeblich 150 Handgranaten gefunden. Sowohl der sozialdemokratische Bürgermeister wie der bürgerliche Vizebürgermeister erklärten, daß dieser Raum sowie die ganze Abteilung, in der er liegt, immer versperrt sind, zumal sich dort das Magazin befindet. Es ist ganz offenbar, daß diese sogenannten Handgranaten von den Heimwehren oder sonst jemandem hineingeschmuggelt worden sind. Es ist auch noch gar nicht sicher, ob es wirkliche Handgranaten sind.

Im selben Augenblick eröffneten die Gendarmen das Feuer und schossen auch noch in die flüchtende Menge hinein. Wie in allen Fällen die Schießerei war, geht schon aus dem Bericht und der Parteizugehörigkeit der Opfer hervor. Die Toten sind eine sozialdemokratische Lehrerin namens Ksch., die Tochter eines Generals, und der Führer der Kommunisten in Köflach. Einer der Schwerverwundeten ist ein Rationalsozialist, ein zweiter ein Landhändler, ein dritter ist parteilos. Eine verwundete Frau ist die Gattin eines Heimwehrmannes!

Nun hat es die Gendarmen für notwendig gehalten, gerade in dem Augenblick, als die Versammlungen zu Ende waren, einen jungen Wehrmann, von dem sie nachher behaupteten, daß er überhaupt gar nicht als Beschuldigter in Frage kam, sondern nur zu einem Verdacht gebraucht wurde, mitten durch die Menge zu führen, die eben aus der Versammlung strömte. Es kam natürlich zu stürmischen Szenen und da soll nun ein Unbekannter auf einen Gendarmen losgegangen sein und versucht haben, ihm das Gewehr zu entreißen. Es kam zu einer Palzerei, bei der der Gendarm leichte Verletzungen erlitt, wie sie für eine Kauferei typisch sind. Mäßig ging ein Schuß los, der den Gendarmen am Oberarm streifte. Zeugen erzählten, daß der Schuß ganz zufällig losging.

Das neue Mieterschutzprovisorium.

Verlängerung auf sechs Monate. — Änderungen ausschließlich auf Kosten der kapitalstärksten Mieter.

Prag, 17. Dezember. Die heute im Parlament vorgelegte Regierungsvorlage über die Verlängerung des Mieterschutzes bestimmt folgendes:

Die Wirksamkeit des mit Ende dieses Jahres ablaufenden Mieterschutzgesetzes wird bis Ende Juni 1932 verlängert, ebenso das Gesetz über den Aufschub der evakuativen Räumung von Wohnungen (Ltz Reifner) und die §§ 1 bis 16 des Gesetzes über die außerordentlichen Maßnahmen der Wohnungsfürsorge. In demselben Termin ist auch die Entzignung von Grundstücken zu Bauzwecken nach dem Gesetz vom 10. April 1930 über die Landbewegung zulässig.

Folgende Räumlichkeiten werden mit 31. Dezember 1932 aus dem Mieterschutz ausgeschlossen:

1. Wohnungen, nicht aber andere Räumlichkeiten von Mietern, denen auf Grund rechtlichkräftiger Vorschriften für die letzten drei Jahre eine Einkommensteuer für ein Jahreseinkommen von mehr als 75.000 Kronen vorgeschrieben worden ist;
2. Wohnungen, welche außer Küche und Wohnräumen für das Dienstpersonal aus fünf oder mehr Wohnräumen bestehen;
3. gewerbliche Betriebsstätten und andere Räumlichkeiten als Wohnungen, in denen eine Erwerbstätigkeit betrieben wird, wenn eine Aktiengesellschaft, Kommanditgesellschaft auf Aktien oder Gesellschaft m. b. H. Mieter ist;
4. zu einer Erwerbstätigkeit benötigte Räumlichkeiten, die nicht Teil einer Wohnung sind, wenn sie den Charakter großer Betriebsstätten besitzen.

Bis 31. Dezember 1932 stehen diese Wohnungen noch unter dem bisherigen Mieterschutz; mit dem 1. Jänner 1933 wird der Mieterschutz für die unter 1. bis 4. angeführten Räumlichkeiten aufgehoben oder, wie es im Gesetz wörtlich heißt:

„richten sich die Verhältnisse aus Mietverträgen über diese Wohnungen und andere Räumlichkeiten nach den Bestimmungen des bürgerlichen Rechts.“

Steuerüberwälzungsverbot auf zwei Jahre aufgeschoben.

Ein schöner Erfolg der freien Gewerkschaften.

Prag, 17. Dezember. Die Regierung hat heute dem Parlament einen Regierungsentwurf überreicht, der im Sinne des kürzlich im Ausschuss der Gewerkschaften und Kleinrentner aufgeschobenen Gesetzes über die direkten Steuern ausgesprochenen Steuerüberwälzungsverbot vorseht, das mit 1. Jänner 1933 in Kraft treten soll.

Dennoch kann auch weiterhin bis Ende 1933 auf Grund der bestehenden Kollektivverträge die Zahlung der Krankenkassenbeiträge sowie der Steuern und sonstiger Abgaben durch den Arbeitgeber erfolgen, der seinerseits diese Beträge als Abzugspost bei der Bemessung der Einkommen-, bzw. Erwerbsteuer anführen kann.

Der Motivenbericht macht sich die in dem

Die Bestimmungen unter 1. und 2. betreffen nicht Wohnungen, welche bis zur Räumung dieses Gesetzes ganz oder teilweise zur Ausübung irgend eines Berufes benötigt worden sind und bis 31. Dezember 1932 derart benötigt werden.

Die sonstigen Änderungen am Mieterschutz sind folgende:

Bei Räumlichkeiten, welche dem Staat, den Ländern, Bezirken, Gemeinden und deren Unternehmungen vermietet sind, ist die Erhöhung des Mietzinses ab 1. Jänner 1932, und bei Räumlichkeiten, welche dem Staat verwalteten Fonds vermietet sind, ab 1. April 1932 allgemein auf einen den Grundmietzins um 340 Prozent nicht übersteigenden Betrag zulässig.

Die Bestimmung, daß die Gemeindezuschläge zur Hauszinssteuer nicht über 200 Prozent erhöht werden können, wenn auch die nach den allgemeinen Bestimmungen zulässigen Gemeindezuschläge höher sein sollten, gelten auch für das Jahr 1932.

Das Gesetz tritt mit 1. Jänner 1932 in Wirksamkeit; seine Durchführung obliegt dem Minister für soziale Fürsorge gemeinsam mit den Ministern für Justiz, der Finanzen, des Innern und für öffentliche Arbeiten.

Der Motivenbericht führt n. a. an, daß der Entwurf des neuen Wohnungsgesetzes fertig und bereits der Regierung vorgelegt worden sei. Es sei dies ein umfangreiches Werk, das sich mit dem Wohnungsproblem in seinem ganzen Umfang befaßt und daher eine gründliche Vorbereitung erfordere. Um für diese Verhandlungen Zeit zu gewinnen, erwies sich das Provisorium als notwendig.

Der Motivenbericht führt weiter ausdrücklich an, daß von den unter Punkt 1. und 2. genannten Wohnungen diejenigen nicht vom Mieterschutz ausgeschlossen werden, die der Mieter teilweise oder zur Gänze zur Ausübung irgendeines Berufes benötigt.

Die Vorlage wurde am Nachmittag nach längerer Debatte vom sozialpolitischen Ausschuss unverändert angenommen und wird bereits morgen im Plenum verhandelt werden.

erwähnten Antrag unserer Genossen vertretene Ansicht zu eigen, daß das Steuerüberwälzungsverbot die Angestellten in einer Zeit ungünstiger wirtschaftlicher Verhältnisse treffen würde, so daß sie kaum in der Lage wären, durch neue Dienstverträge den Ausfall an Einnahmen wettzumachen. Es würde also in der Regel der Fall eintreten, daß die Bezüge der Angestellten um die Krankenkassenbeiträge und die Einkommensteuer gekürzt würden, während namentlich die Angestellten mit höherem Einkommen ohnehin schon durch den Zuschlag zur Einkommensteuer betroffen werden. Ein Aufschub des Steuerüberwälzungsverbotes um zwei Jahre erwies sich daher als notwendig.

Die Vorlage wurde heute nachmittags bereits vom Budgetausschuss angenommen und wird schon morgen vom Plenum verabschiedet werden.

Der Termin des 19. Dezember bedeutet offenbar einen Liebesdienst für die Heimwehren, die für morgen abends in Graz einen Fackelzug als Siegesfeier für Pfriemer angelegt haben. Besonders nach der heutigen Verteidigungsrede, die Minteln als Zeuge für Pfriemer gehalten hat, halten sie den Freispruch für ganz sicher.

Elf Aufrechte.

Rom, 17. Dezember. Von den 1144 Universitätsprofessoren, die zum Ablegen des neuen Amtseides auf das faschistische Regime und den König aufgefordert wurden, haben elf, darunter vier Professoren der Universität Rom, die Eidesleistung verweigert.

Rüstet ab!

Von Emile Vandervelde.

Im Zusammenhang mit den Abrüstungsaktionen, die gegenwärtig von beiden sozialdemokratischen Parteien der Republik im Parlament und außerparlamentarisch geführt werden, mag folgenden der Vorsitzende der Sozialistischen Arbeiter-Internationale mit einem Artikel aus dem Brüsseler „Peuple“ zu Worte kommen. Wie Genosse Vandervelde sich auch wir der Meinung, daß die jetzige, auf ein begrenztes realpolitisches Ziel ausgehende Aktion nur die Einleitung zum Kampfe um die völlige Abrüstung ist.

Als zu Beginn des 16. Jahrhunderts Fernando Cortez und seine Gefährten in Mexiko eindringen, stießen sie auf ein Volk, das auf einer ziemlich hohen Kulturstufe stand, in dem aber der Brauch fortlebte, den Göttern Tausende von Menschenopfern darzubringen. Noch heute staunt man über diesen blutigen Anachronismus.

Die Historiker der Zukunft werden ebenso darüber staunen, daß im 20. Jahrhundert in europäischen Ländern oder in Ländern mit europäischer Zivilisation die Völker, die in ihrer großen Masse keinen andern Wunsch haben, als im Frieden leben zu können, einen großen Teil ihres Einkommens und technische Wunderwerke dazu verwenden, in der industriellen Gesellschaft mit einem Millionenaufwand den übermäßig angeschwollenen Apparat der alten militaristischen Gesellschaft aufrecht zu erhalten — nicht, weil sie sich schlagen wollen, sondern weil es gelungen ist, ihnen einzureden, daß die andern sie angreifen wollen.

Der Krieg, wie man ihn heute versteht, ist, wie allgemein zugegeben wird, eine Sache, die „sich nicht bezahlt macht“, er ist furchtbar und zugleich eine ungeheure Dummheit.

Aber in Staaten, wie den unsrigen, gibt es etwas, das, moralisch betrachtet, vielleicht noch schlimmer: das ist die Vorbereitung zum Krieg; das ist das ständige Vorhandensein einer Organisation, die keinen andern Zweck hat als den Massenmord.

Es ist noch erklärlieh und begreiflich, wenn die Menschen in einem gegebenen Moment, in einem Zustand der äußersten Spannung, zur Gewaltanwendung schreiten.

Daß aber mitten im Frieden — in jenem Frieden, den alle zivilisierten Völker ohne Ausnahme als ihr höchstes Gut betrachten — die Regierungen, die sich zivilisiert nennen, jährlich 140 Milliarden dazu verwenden, um Tausende von jungen Arbeitern in die Kasernen zu sperren, hochbesahlte Generalführer und Berufsoffiziere in goldverzierte Uniformen zu kleiden, alle Erfindungen der Technik für Kanonen und Panzerkreuzer zu verwerten und Flugzeuge und Giftgas zu erfinden, die in einer bestimmten Region alles Leben vernichten können — und das alles nur für Zwecke des Ehrgeizes und des Prestiges — dann handelt es sich um Ueberreste einer Barbarei, die die Menschenopfer der Kisten tausendmal übertrifft.

Gegen diese Ungeheuerlichkeit des bewaffneten Friedens protestiert die ganze sozialistische Internationale und fordert, um ihm ein Ende zu machen, die vollständige, gleichzeitige und kontrollierte Abrüstung.

Die belgische Arbeiterpartei war auf ihrem letzten Kongress in ihrer Mehrheit der Ansicht, daß das keine Belgien in einem bewaffneten Europa nicht auf das Minimum von bewaffneter Verteidigung verzichten könne, das in den Verträgen von Locarno vorgesehen ist und die Voraussetzung für die Intervention der Garantestaaten im Falle eines nicht provozierten Angriffs bildet. Aber er hat gleichzeitig beschlossen, daß gerade auf Grund der in diesen Verträgen niedergelegten

Weihnachtsburgfrieden in Oesterreich.

Die Heimwehr darf noch eine Siegesfeier veranstalten.

Wien, 17. Dezember. (Eigenbericht.) Der Ministerrat hat beschlossen, an die Landeshauptleute folgende Weisungen zu erlassen: Von Samstag, den 19. Dezember mittags bis einschließlich 6. Jänner 1932, sind im gesamten Bundesgebiete von wem immer veranstaltete öffentliche Versammlungen (Aufzüge, Aufmärsche) ausnahmslos nach Paragraph 6 des Versammlungsgesetzes vom Jahre 1867 zu untersagen, da die Abhaltung solcher Veranstaltungen gegenwärtig die öffentliche Sicherheit und das öffentliche Wohl gefährdet.

Garantien alles getan werden muß, um die Mannschafts- und Materialbestände sowie die Dienstzeit auf jenes Minimum herabzudrücken, das Deutschland durch den Versailler Vertrag auferlegt worden ist.

Es ist nicht nötig, daran zu erinnern, auf welchen Widerstand die Annahme dieser Resolution bei unseren Jugendorganisationen, bei unseren Frauen und bei all denen stieß, deren glühender Idealismus es ihnen unmöglich macht, sich mit jenen zwei Ungeheuerlichkeiten: Krieg und Vorbereitung zum Krieg, abzufinden.

Aber diejenigen, die diese Resolution aus fühler Ueberlegung angenommen haben, dürfen nicht vergessen, daß ihre Mehrheit nicht bestehen bleiben wird, daß sie weggeschwemmt werden wird, wenn sie nicht beweisen, daß sie entschlossen sind, auf nationalem wie

auf internationalem Boden die Abrüstung zu fordern, für die Abrüstung zu arbeiten, für die Abrüstung zu kämpfen, mit derselben Mut und derselben Ausdauer, ja, angesichts der Wut der nationalistischen Kampagne, mit demselben Mut zu kämpfen wie die Anhänger der weitestgehenden Formulierungen.

Um diesen Kampf mit Erfolg führen zu können, ist es nicht möglich und auch nicht einfach, sich mit verichwommenen und sentimentalen Allgemeinheiten zu begnügen. Eine klare und mit Belegen versehene Beweisführung ist notwendig, die konkrete und entscheidende Argumente für den Feldzug liefert, den die Internationale in jedem Lande führt und der sich zusammenschließen läßt in dem einen Wort, das man hinausrufen muß, unermüdet und überall den Regierungen und den Völkern zurufen muß: **Rüstet ab!**

Steigen der Arbeitslosigkeit in Nordböhmen.

Im November um 33 Prozent.

In den 47 Bezirksämtern für allgemeine unentgeltliche Arbeits- und Dienstvermittlung in Nordböhmen waren im November 1931 11.783 Arbeits- und Dienststellen und 120.136 Bewerber und Bewerberinnen angemeldet, wobei 8409 Vermittlungen erzielt wurden. Die größten Vermittlungserfolge erzielten die Ämter in Brüx, Kuffitz, Komotau, Bodenbach, Raudnitz und Reichenberg (1050, 691, 675, 648, 408, 407).

Die Anzahl der angemeldeten Arbeitslosen ist im Laufe des Monats November von 70.100 auf 93.100 gestiegen.

So daß annähernd die höchsten Zahlen, die bis jetzt überhaupt zu verzeichnen waren (Feber und März d. J. — 93.629, 96.361), erreicht wurden. Die größte Anzahl der Arbeitslosen war in den politischen Bezirken Gahonitz a. N., Teichsen, Brüx, Komotau, Böhm.-Leipa, Friedland, Teplitz-Schönau, Kuffitz a. E. und Reichenberg angemeldet (11.377, 8049, 7821, 6188, 5934, 5675, 5521, 5119). In dem ganzen nordböhmisches Bereiche ist die Anzahl der Arbeitslosen um 33 Prozent gestiegen. Außerordentlich ungünstig war die Lage im Bezirke Teichsen, wo eine Steigerung um 57 Prozent zu verzeichnen war, wobei es sich in dem Bereiche der Bodenbacher Anstalt sogar um 110 Prozent handelt. (Anfang November 1922, Ende November 4033). Von den 93.100 angemeldeten Arbeitslosen erhielten die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung mit dem Staatsbeitrage 20.026. Von den zeitweise, wenigstens auf die Dauer einer Woche ausgehenden Personen erhielten dieselbe Unterstützung mit dem Staatsbeitrage 15.282, wogegen die Anzahl der nicht unterstützten zeitweise ausgehenden etwa 12.000 betrug. Sonst befristet arbeiteten, d. h. nur an einigen Tagen während der Woche ausgehelt wurden etwa 31.000 Personen.

Die meisten Kostendarbeiten, die zur Vinderung der Arbeitslosigkeit beitragen sollten, wurden im Laufe des Monats November beendet;

durchgeführt wurden 154 Arbeiten bei denen 5650 Personen beschäftigt waren. Für die staatliche Ernährungsaktion wurden für die vierwöchentliche Zeitperiode vom 15. November bis 13. Dezember 3.218.000 Kronen bewilligt, also um 133.000 Kronen mehr als für die vorher-

gehende fünfwochenliche Zeitperiode. Von den angemeldeten Arbeitslosen entfallen die meisten auf Hilfsarbeiter, auf die Textilindustrie, auf die Ton- und Glasarbeiter, auf Bauarbeiter, Tagelöhner und Metallarbeiter (17.273, 16.104, 14.114, 10.037, 8139, 8114). In diesen sechs Gruppen kommen also 73.781 Arbeitslose vor, auf die von den 23.000, um die die Anzahl der Arbeitslosen überhaupt gestiegen ist, 18.226 entfallen. Prozentuell am meisten ist die Anzahl der Bauarbeiter und der Tagelöhner gestiegen (um 42 und 35 Prozent). In der Landwirtschaft wurden die letzten Arbeiten meistens beendet. In der Glasindustrie kam es zu einer großen Verschlechterung, welche weiter anhält. In der Metallindustrie dauerte die frühere Einschränkung an. In der Textilindustrie war eine weitere Verschlechterung zu verzeichnen und

man befürchtet noch, daß sich die Lage weiter verschlechtern wird.

Die Bauarbeiten wurden zum Teil beendet, zum Teil unterbrochen; im Zusammenhänge damit ist nicht nur die Anzahl der Bauarbeiter, sondern auch diejenige der Tagelöhner und Hilfsarbeiter gestiegen. Im Vergleich mit anderen Jahren kann eine beträchtliche Erhöhung der angemeldeten Arbeitslosen aus den Reihen der Handels- und Industrieangestellten festgestellt werden. (1857) Die allgemein ungünstige Lage zeigt sich auch in der großen Anzahl des angemeldeten Haushaltungspersonals (2450).

Die Bezirksämter für allgemeine unentgeltliche Arbeits- und Dienstvermittlung vermitteln vollkommen unentgeltlich Arbeits- und Dienstkräfte aller Berufskategorien und bitten alle Arbeitgeber, die irgendwelche Arbeits- und Dienstkräfte benötigen, die zur Befehung gelandenden Stellen — mit Rücksicht auf die Zentrolierung der Stellennachfrage in den Ämtern, in diesen anzumelden, um ihnen die Möglichkeit zu geben, die sich meldenden Bewerber und Bewerberinnen auf diese Stellen aufmerksam machen zu können. Allen die Telefonen haben, wird empfohlen, sich desselben zu bedienen, weil fast alle Arbeitsvermittlungsanstalten telephonisch zu erreichen sind. In Böhmen bestehen die Ämter in allen Gerichtsbezirken.

Elektrifizierungsdebatte.

Schwere Auseinandersetzungen mit wildgewordenen Patentkrenzlern.

Prog. 17. Dezember. Die Verlängerung des Ermächtigungsparagraphe des Elektrifizierungsgesetzes, die zugleich heute mit weiteren zwei belanglosen Vorläufen aus dem Gebiete der Elektrifizierung im Parlament verhandelt wurde, gab den deutschen Oppositionsparteien seit langem wieder einmal die ersehnte Gelegenheit, sich in Pose zu werfen und deutsche Belange durch Verlesung irgend einer Rede von der Parlamentaristritribüne aus zu verteidigen, wobei die üblichen Zeitenhiebe auf die deutsche Sozialdemokratie auch nicht vergessen wurden. Durch letztere zeichnete sich namentlich Herr Krumpke und die Hakenkreuzler aus, die während der Rede des Genossen Kaufmann plötzlich aus dem Häuschen gerieten und erst einer kräftigen Dusche seitens unserer Genossen bedurften, um wieder halbwegs normal im Kopf zu werden. Unseren Standpunkt vertrat in der Debatte

Genosse Kaufmann.

Der Kampf um die bedrohten Rechte der deutschen Arbeiter in den Elektrizitätswerken seit langem unerträglich führt und der auch gegen Zählung seiner Rede mit der Demagogie der Hakenkreuzler gerade in dieser Sache energisch abrechnete.

Genosse Kaufmann befaßt sich zunächst mit der Entstehungsgeschichte des Ermächtigungsparagraphe 28, der im Jahre 1919 im Elektrifizierungsgesetz auf ein Jahr terminiert, dann aber immer wieder verlängert wurde. Dieser Paragraphe sollte der Förderung der Elektrifizierung dienen, in Wirklichkeit hat er heute niemand gewirkt, weil durch ihn jede private Initiative erstickt wurde. Weder private noch kommunale Unternehmungen nehmen größere Investitionen in der Elektrizitätswirtschaft vor, solange sie jederzeit durch eine bloße Verfügung des Arbeitsministeriums einzeln erwidert werden können. Wenn der Staat schon bei der Hauptverteilung und Schaffung von Wasserkraftzentralen aktiv mitwirkt, so soll er die Verteilung und Erzeugung der Energie der privaten, vor allem aber der kommunalen Initiative überlassen. Die Unternehmungen, denen das Prädikat „gemeinnützig“ verliehen wurde, stellen sich zum Teil verzerrend zwischen Konsument und Produzent und haben sich eine ganze Reihe wichtiger finanzieller und juristischer Vorteile zu sichern verstanden. „Gemeinnützig“ ist ihr Winken jedenfalls nicht immer!

Das Arbeitsministerium, das in der Elektrizitätswirtschaft nicht nur die höchste Instanz ist, sondern auch die Verwaltung führt, Tarife kontrolliert und als Eigentümer bei gemeinnützigen Unternehmungen auftritt — was wir ausdrücklich für inkompatibel ansehen — braucht den § 28 gar nicht, da seine Exekutivgewalt ohnehin groß genug ist! Auch ist nicht bestimmt, daß die Umwandlung im Wege der Enteignung an gewisse Voraussetzungen, wie schlechte Verwaltung oder sonstige Fehler, gebunden wäre, sondern es kann einfach jedes Werk umgewandelt werden.

Genosse Kaufmann führt eine Reihe von Beispielen an, daß auch die gemeinnützigen Werke namentlich in Mähren reine Geschäftsunternehmungen waren und noch sind und den kommunalen Werken große Schwierigkeiten machen.

Dann werden aber die Vollmachten des Elektrifizierungsgesetzes seitens gewisser Kreise dazu mißbraucht, um mocht- oder nationalpolitischen Bekleidungen Rechnung zu tragen. Schon im Jahre 1920 hat bei der Konstituierung des Elektrizitätsbeirates Professor List erklärt, für ihn sei es vor allem wichtig,

„daß der Hauptzweck in Prag ist, um gegebenenfalls die Arbeiter zu zwingen, die gegen die Staatsverwaltung revoltieren, auszuschalten!“

Wie in allen anderen Unternehmungen, die der Staat übernahm, wird auch in den Elektrizitätsunternehmungen der nichtsozialistische Staatsbürger in keiner Existenz bedroht und für vogelfrei erklärt. Ich erinnere nur an den Kampf um das Parsonier Werk, der auch heute noch nicht zur Ruhe gekommen ist, und an den Ankauf der „Elsa“ in Rixdorf. Auch im Neustädter Werk, das mitten im deutschen Gebiet liegt, war bis vor kurzem die Unterdrückung deutscher Arbeiter ausgeschlossen.

Wir haben im Vorjahr der im letzten Moment eingehaltenen Verlängerung des § 28 auf ein Jahr zugestimmt und haben heute im Sommer im Beirat gegen die vom Arbeitsministerium beabsichtigte Durchführungsverordnung entschieden protestiert. Im Anschluß an unsere Abwehraktion hat sich herausgestellt, daß der Widerstand doch ziemlich groß war; vor allem haben die Arbeiter und Angestellten gegen die Durchführungsverordnung in schärfster Weise protestiert. Nur die Nationalsozialisten haben es damals für notwendig erachtet, eine eigene Aktion durchzuführen, die sich nur bis zu einem gewissen Maß mit den vorliegenden Fragen beschäftigte, vor allem aber dazu diente, der sozialdemokratischen Gewerkschaft und mir persönlich ein saures Zeug zu stellen und als Vorbereitung zu den Gemeindevahlen zu dienen!

Genosse Kaufmann liest nun den Patentkrenzlerordenlich die Leuten und nimmt sich namentlich ihre Anträge auf Einführung des Arbeitsdienstes vor, die er als Robotarbeit und Sklaverei für die Arbeiterklasse bezeichnet. Daraufhin fahren Geier, Krebs und andere Raps wie von einer Tarantel gestochen in die Höhe.

Kaufmann apostrophiert u. a. den Herrn Krebs: „Sie sind doch für den Arbeitsdienst in Deutschland, Sie wollen, daß die Arbeiter zur Pflichtarbeit herangezogen, in Kasernen und Baracken eingeschlossen werden, daß ihnen statt des Lohnes ein Taschengeld gegeben wird wie in Saugeen und anderwärts. Solche Leute haben das Recht vertrieben, im Interesse der Arbeiterklasse zu reden!“

Die Hakenkreuzlerischen Schreier, an der Spitze Herr Krebs, arrangierten nun eine ungeheure Entrüstung, beschimpften den Redner und unsere Abgeordneten, wobei ihnen nichts Besseres einfiel, als die Sozialdemokraten „Stützen des Kapitals“ zu heißen, die Inflation in Deutschland als Werk Hölle und Teufels und allen Erbes zu bezeichnen, daß auch heute noch in Deutschland die Sozialdemokraten regieren. Besonders Herr Krebs entwickelte dabei eine präpotente Arroganz, als ob er der oberste Hakenkreuzherrgott und selbst Hitler höchstens ein Stiefsohn wäre.

Die Genossen Pohl, Grünauer, Müller, Dieß und andere blieben den Gelächern aber keine Antwort schuldig und hielten diesen „Arbeitervertretern“ ihr ganzes Sündenregister vor Augen: die Auseinandersetzung läßt sich in keine von Mann zu Mann geführte Dispute auf, wobei Genosse Grünauer Beschimpfungen mit der Feststellung quittiert, daß die Nazis nichts anderes als „Schweiß- und Fanghunde des Kapitals“ sind. Anrich bekommt einen Tobfughausschlag und schreit unermüdet: „Hut Teufel“, kurze Zeit darauf hat er sich aber schon soweit erholt, um gemeinsam mit dem „Führer“ Jung bei dem sozialdemokratischen Fürsorgekomitee in den Ceulowitz eine Intervention durchzuführen.

Dr. Tolpe's Rache.

Roman von A. Aitschul

Erna horchte auf. „Ihr wollt also streiten?“ Sie dachte einen Augenblick nach. Plötzlich sagte sie: „Du bist ein guter, dummes Junge, um einem Kameraden vielleicht zu seinem Recht zu verhelfen, riskierst du die strengste Bestrafung. Glaubst du denn, daß du mit deinen Mitschülern rechnen kannst? Nein, du kannst es nicht. Heute, als sie in der ersten Erregung waren, sagten sie dir zu, bis sie aber über die Sache ruhiger denken werden, wird ihnen ihre eigene Haut lieber sein, als die ihrer Kollegen. Nicht einmal verhängen werden sie dich von der Handlung ihres Entschlusses und du wirst das Bad allein ausbaden können. — Tu's nicht, Franzl, laß die Hände aus dem Spiel. Die anderen sollen machen, was sie wollen. Wenn die Sache schief geht, kümmert sich kein Hund um dich und jeder ist bereit, für ein Vorzügliches zumindest das zu sagen, was er will. Ihr habt ja einige „vertrauenswürdige“ Schüler. Und du als der Anführer, sitzt da im Tresch. — Versprich mir, daß du morgen keine Dumtheiten machen wirst. Ja?“

Franzl schüttelte den Kopf. „Ich habe den Streik in Szene gesetzt, sie haben versprochen zu kommen, ich darf nicht ausbleiben. Ich habe auch mein Wort gegeben.“

„Sei nicht dumm, Franzl. Laß sie laufen. Was kümmert's dich? Was arden dich die anderen an? Du mußt dir wichtiger sein.“

„Ich habe versprochen zu kommen.“

„Unfann. So ein Versprechen gibt man schnell und bereut es dann. Sie sollen ihre Suppe selbst aufkochen.“

„Ich soll also mein Versprechen nicht halten? — Und wenn ich dir etwas verspreche?“

Erna jögerte. „Das ist etwas anderes“,

sagte sie. „Ich — du . . . bei uns steht die Sache anders. Oder nicht? — Und jetzt versprich mir eins.“

„Das ist?“

„Daß du morgen nicht länger als notwendig wartest und wenn ihr nicht vollzählig seid, noch im letzten Moment in die Schule geht. Versprichst du mir das?“

Franzl nickte.

„Gib mir die Hand darauf.“

Er reichte sie ihr. „Bist du jetzt zufrieden?“

„Ja“, sagte Erna und zog ihn zu der Stelle, wo Georg bereits wartete.

Franzl schaute auf die Uhr. Zehn Minuten vor acht. Niemand war noch gekommen. Endlich. Eins, zwei, drei kamen. Niemand sonst.

Die Heizer rückten vor. Menschen hasteten vorüber, Autobusse und Straßenbahnen brachten sie, aber keiner der Verbündeten erschien mehr.

„Nach fünf Minuten warten wir, dann laufen wir in die Schule“, sagte Franzl.

„Gehe Hunde“, brummte einer von den dreien, die ihr Wort gehalten hatten.

Niemand kam mehr dazu. Eine Uhr schlug acht.

„Gehen wir“, sagte Franzl. „Schnell.“ Ganz tonlos kam das heraus.

Sie legten sich in Trab.

Der Weg war nicht weit. Als sie in die Schule kamen, lautete es gerade. Franzl öffnete die Tür. Alle seine Mitschüler saßen schon auf ihren Plätzen, als ob sie niemals versprochen hätten, um diese Zeit anderswo zu sein.

Sofort nach Franzl trat Reber ein. „Guten.“

Er und schritt zum Katheder. Man setzte sich.

Longe Zeit musterte Reber die Klasse. Endlich begann er:

„Es war vernünftig von Euch, daß Ihr gekommen seid. Ein — nun, nennen wir es Streik, hätte Eurer Lage nur geschadet. Ich habe von

Eurer Abicht gehört, werde die Angelegenheit aber ausnahmsweise nicht weitergeben. — Kommt doch endlich zu Verstand, Kinder. Man kann nicht immer mit dem Kopf durch die Wand rennen.“

Franzl hörte nicht mehr zu. Wie konnte Reber etwas erfahren haben? Wer hatte es ihm gesagt? Wer war der Verräter? Wer leistete hier Spitzeldienste? „Hut!“ stieß er hervor und schloß einen bitteren Gesichtsausdruck auf der Junge. Für solche Leute wollte er sich der geringsten Gefahr aussetzen? Nein, nie mehr wieder. Nicht mit dem Finger wird er rühren. Sie sollen ihn alle . . . Er konnte das berühmte Zitat nicht zu Ende denken, da der Schuldner mit dem Umschulbuch erschien.

Reber los vor:

„Die Studierenden werden wiederholt aufmerksam gemacht, daß der Schüler, wenn er vom Lehrer etwas haben will, zu bitten und nicht darum zu erjähnen hat. Man ersucht nur seinen Knecht.“ Reber hielt einen Augenblick inne, dann las er die darauffolgende Notiz: „Die Studierenden werden ersucht, das Schulgeld für das zweite Halbjahr bis spätestens Mittwoch, den 28. März, mittels Erlagscheines abzusenden, andernfalls ihnen der weitere Schulbesuch untersagt wird. Die Direktion.“

In der Klasse wurde es unruhig. Einzelne Stimmen konnte man unterscheiden. Empörend. Man ersucht nur einen Knecht und: Die Schüler werden ersucht.“

„Ruhe!“ befahl Reber, „nehmt doch die Sache nicht so tragisch. Es war halt ein Irrtum. Die Schule soll für Euch ja kein Gefängnis sein, im Gegenteil, wir alle wollen, daß Ihr Freude habt . . .“

„Wenn's jetzt noch sagen, daß die Schule ein Freudenhaus ist, dann . . .“

„Ruhe!“ schrie Reber und rollte vorschrittsmäßig die Augen.

Das Lachen verstummte allmählich und Reber konnte seinen Vortrag über die wichtigsten Straßenbahnlinien der städtischen Hauptstadt beginnen.

X.

Der Winter ging vorüber. Die ganze Welt hatte, ohne daß jemand den Uebergang bemerkt hätte, ein ganz anderes Aussehen bekommen. Die Tage wurden länger, die Straßen entledigten sich ihrer winterlichen Kostschicht, in den Parkanlagen brachen die ersten Knospen auf und auch die Luft süßte neben Benzingeruch und ähnlichen Wohlgerüchen etwas mit, das unfehlbar den nahenden Frühling verkündete.

Dies überzeugender aber als alle Bäume, Wiesen und Felder der Welt bestätigten die Kinoplakate den Einzug des Somers. Filme, die vor langer Zeit einmal neu gewesen waren, wurden wieder in den Spielplan aufgenommen und den leeren Bankreihen vorgeführt, die, von dem erschütternden Liebesleid eines Sterns des amerikanischen Filmhimmels ergriffen, schluchzend quartierten und der glücklichen Lage gedachten, an denen sie von mehr oder weniger umfangreichen Körperteilen der Menschen bedeckt, von dem Anblick solcher Tragödien verächtlich geliebt waren.

Es war Frühling. Eine Jahreszeit wie jede andere und doch einzig in ihrer Art. Eine Umschwärzung des Winters und ein Verbote des Somers zugleich, ein Uebergang, den vielleicht nur seine schwankende Ungevißheit so reizvoll scheinen läßt. Eine Stimmung machte sich breit, die unzählige Dichter beschrieben, unzählige Sanger belungen haben, ein Gefühl, welches der aus der Karlose erwachende Kranke empfindet, bevor er von dem dem Uebertrahsch folgenden Pechreiz geplogt wird.

(Fortsetzung folgt.)

Dreiviertel-Million Arbeitslose in Italien.

Rom, 17. Dezember. Die Zahl der Arbeitslosen in Italien betrug am 31. Oktober 1931 699.744 Personen. Bis zum 30. November stieg sie auf 778.267, und zwar sind hiebei 588.440 Männer und 191.827 Frauen, 240.000 bezogen die Arbeitslosenunterstützung. Die Zahl der arbeitslosen Männer hat gegen den Vormonat um 76.160, die der Frauen um 2.363 zugenommen.

Inmitten dieser Auseinandersetzungen, die bis zum Schluss der Rede Kaufmanns in fast unermindelter Stärke andauern, hält Kaufmann dem entzweiigten Kreis vor, daß doch in Hamburg die mit einer neuen Inflation gespielt haben, damit das Großkapital auf Kosten der Arbeiter billig seine Verpflichtungen abstoßen könne.

Zur Tagesordnung zurückkehrend, stellt der Redner fest, daß die plötzliche Zurückziehung der Novelle, die bei einer 25prozentigen Beteiligung des Staates, bzw. der Selbstverwaltungskörper eine dreißigjährige Frist für die Übernahme vorsah, infolge eines neuen Vorstoßes der Unternehmer erfolgte, die die Abschaffung des Wertes der Werke durch ihre Vertrauensmänner schon heute durchsetzen wollten, um nach 30 Jahren die devaluierten Werke zu dem heutigen Uebernahmepreis abstoßen zu können. Kein Staat würde es sich auch gefallen lassen, daß bei einer solchen Transaktion ausländische Kapitalistengruppen die entscheidende Macht darstellten. Erst daraufhin erfolgte die Zurückziehung der Vorlage und es gibt jetzt nur eine Wahl: Entweder noch im Laufe dieses Monats die Ratifizierung der sieben früheren Werke, die zur Umwandlung bestimmt sind, wobei gar keine Sicherheiten für den Arbeitsplatz der nichtdeutschen Arbeiter gegeben wären, oder Verlängerung des § 28, womit eine Frist zu neuen Verhandlungen eröffnet und die Möglichkeit gegeben ist, im Verhandlungswege auch die Interessen der Arbeiter und Angestellten im Gesetz selbst zu fundieren. Wir glauben, daß dieser Weg der bessere ist, und werden deshalb für die Verlängerung des § 28 stimmen! (Beifall.)

5-Uhr-Ladenperre angenommen.

Das Haus erledigte dann auch noch in kurzer Debatte den Regierungsentwurf über die 5-Uhr-Ladenperre am Weihnachtabend.

Referenten waren Ludwig und Genosse Klein. Begleiter führt an, daß die Vorlage nicht nur den Wünschen der Angestellten, sondern auch der Unternehmer und selbst der Konsumenten entspricht. In der Ausschussdebatte wurde auch der Wunsch ausgesprochen, daß der frühzeitige Ladenschluß auch für die Gewerbe mit Automatenbetrieb gelte. Er streifte dann die Frage der Sonntagruhe, die von der Wehrzahl der Handelsgewerbetreibenden und von allen Handlungsgewerbetreibenden gewünscht wird. Ramentlich in den historischen Ländern wäre die einheitliche gesetzliche Regelung schon in kürzester Zeit möglich. Der Ausschuss empfiehlt ferner in einer Resolution die endgültige Regelung der Doppeltierstage.

Bei den folgenden zweiten Lesungen wird zum Brotgesetz die eine agrarische Resolution, die die Weimischung von Kartoffelmehl zulassen wollte, an den Ausschuss rückverwiesen.

Die kommunistische Anfrage wegen des Antrags Laub über die Rechtsverhältnisse der Privatlehrer wurde vom Vorsitzenden des sozialpolitischen Ausschusses Genosse Dr. Winter dahin beantwortet, daß der Antrag schon im Januar auf die Tagesordnung des Ausschusses kommen wird.

Bauengesetz noch ungewiß.

Die nächste Sitzung findet morgen Freitag um 11 Uhr vormittags statt. Die Tagesordnung bilden das Mieterschussprovisorium und der Ausschub des Steuerüberwälzungsverbotes, die beide heute nachmittags von den zuständigen Ausschüssen fertiggestellt worden sind.

Die Verhandlungen über das Bauengesetz, dessen Fertigstellung schon mit Rücksicht auf den Umfang (man spricht von 300 Paragraphen) eine schwierige Sache ist, dauerten heute den ganzen Tag und werden auch morgen noch weitergeführt werden. Es ist deshalb noch nicht sicher, ob sich das Haus noch vor den Weihnacht mit dieser komplizierten Materie wird befassen können. Sollte es nicht gelingen, den Regierungsentwurf bis morgen abends fertigzustellen, um ihn noch im Parlament auslegen und zuweisen zu können, dann dürfte das Parlament voraussichtlich schon morgen in die Weihnachtstagen gehen.

Senat.

Prog, 17. Dezember. Die Budgetdebatte im Senat ging heute den dritten Tag ihren ruhigen Gang weiter. Von unseren Genossen kam Pauline in Wort, der das ungeheure Elend der deutschen Arbeiter in unseren wichtigsten Exportindustrien darstellte und erschränkte Daten über das große Industrieelend in unseren deutschen Randgebieten gab. Er behandelte dann die englischen Schulhöfe, die einen neuen leidenschaftlichen Schluß für unsere Textil- und Bekleidungsindustrie darstellten, und beschäftigte sich dann u. a. auch mit der großen Arbeitslosigkeit in der Porzellanindustrie. Wir werden seine Rede morgen in einem ausführlicheren Auszug veröffentlichen.

Im Endkampf um die Beute.

Amerika gegen Schuldennachlaß, England für Priorität der Privatschulden.

London, 17. Dezember. Der Korrespondent der „Times“ in Washington schreibt über die Moratoriumsdebatte in beiden Häusern: Wenn auch die Ratifizierung des Hoover-Moratoriums durch den Kongreß feststehen dürfte, so sei wichtiger als dieser Akt selbst das dies Ergebnis nur unter großem Widerwillen der Beteiligten zustandekommen werde. Die Kongreßmitglieder fürchten, ihre Zustimmung werde sich bei den nächstjährigen Wahlen an ihnen rächen. Unter den Wählern herrsche tiefe Erbitterung, daß in einer Zeit der Depression und vergrößerten Lasten ein Plan in Gang gesetzt werden solle, durch den dem Ausland die Zahlung amerikanischer Darlehen erlassen werde. Es werde niemand gewählt werden, der für die Verlängerung des Moratoriums über ein Jahr hinaus stimme. Die öffentliche Meinung verlange eine Protestaktion gegen jeden Plan, der auf endgültige Schuldenerlassung hinauslaufe. Solcherweise könne jedoch der Kongreß das Hoover-Moratorium nicht mehr verwerfen. Der „Times“-Korrespondent meint, daß die Entscheidung über die Ratifizierung des Moratoriums derart mit Vor-

halten belastet werde, daß jeder Regierungsalaktion der Weg versperrt bleibe. Es bestehe keine Aussicht, die Schuldensprüfungskommission wieder einzusetzen.

London, 17. Dezember. „Times“ meldet: Es verlautet, daß die britische Antwortnote, die die Erwiderung auf die französische Mitteilung über die demischen Reparationszahlungen ist, sich heute in den Händen der französischen Regierung befindet. Man hat Grund zur Annahme, daß die Note die Gründe für das englische Ersuchen um Priorität für die privaten Schulden, die sogenannten kurzfristigen Kredite, darlegt. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß über die in der französischen Mitteilung aufgeworfenen Punkte keine endgültige Erklärung abgegeben werden kann, bevor der Völkervereinigung seinen Bericht über Deutschlands Zahlungsfähigkeit fertiggestellt hat. Angeblich sind zwischen den interessierten Regierungen Vorbereitungen über Zeit und Ort des Zusammentretens der geplanten Reparationskonferenz im Gange. Es ist unwahrscheinlich, daß die Wahl auf London oder Paris fallen wird.

Für Einschränkung des Waffengebrauches durch die Gendarmen.

Ein gemeinsamer Antrag der sozialdemokratischen Fraktionen.

Prog, 17. Dezember. Die deutschen und tschechischen Sozialdemokraten haben — unmittelbar veranlaßt durch die Ereignisse in Freiwaldau — heute im Parlament einen gemeinsamen Antrag Hadenberg-Heeger — Nusser — Reumeyer eingebracht, der eine Wiedereinsetzung der im Jahre 1928 vom Bürgerklub verschärften Bestimmungen über den Waffengebrauch der Gendarmerie verlangt. Demnach sind in dem Gendarmeriegesetz die Bestimmungen zu streichen, wonach der Gendarm bisher auch schon

1. im Falle der Notwehr zur Abwendung eines „ihm unmittelbar drohenden“ tatsächlichen Angriffes, oder

2. wenn ein auf die Vereitelung seiner Dienstverrichtung abzielender Widerstand anders nicht bezwungen werden kann, von der Waffe „unter den nach den Umständen des Falles erforderlichen Vorzeichen“ Gebrauch machen konnte.

Bei Volksausläufen und Zusammenrottungen, also bei derartigen Anlässen wie zuletzt in Freiwaldau, galten für die „geschlossenen unter einheitlicher Führung und einheitlichem Kommando“ auftretende Gendarmerie hinsichtlich des Waffengebrauches bisher „die diesbezüglichen für das Militär geltenden Vorschriften“.

Diese letztere Bestimmung soll nunmehr ebenfalls gestrichen und durch folgende ersetzt werden:

„Bei Volksausläufen und Zusammenrottungen darf die politische Behörde Gendarmerie geschlossen und unter einheitlicher Führung und einheitlichem Kommando nur im Falle äußerster Gefahr und nur im Beisein und unter der Verantwortlichkeit eines Beamten der politischen Verwaltung einziehen. In diesem Falle ist der Waffengebrauch nur unter den Voraussetzungen des Absatz 1, Punkt 1“, und nur

*) ... im Falle der Notwehr zur Abwendung eines gegen ihn gerichteten oder eines das Leben einer anderen Person gefährdenden tatsächlichen Angriffes ...

nach vorangegangenen vergeblichen Bemühen, das freiwillige Auseinandergehen der Versammlung zu erzielen, zulässig. Auch dann darf jedoch von scharfen Waffen erst Gebrauch gemacht werden, wenn alle anderen Mittel erfolglos geblieben sind.“

Im Motivenbericht heißt es, daß es angesichts der wiederholten Fälle des Waffengebrauches gegen politische Demonstranten, die schwere Menschenopfer erfordert haben, gebietlich zur Pflicht werde, Vorkehrungen gegen die Wiederholung derartiger Ereignisse zu treffen. Das könne in erster Linie dadurch erreicht werden,

daß man von der bisherigen Praxis, politische Kundgebungen bestimmter Richtung wahllos zu verbieten, abgeht und die verfassungsmäßig gewährleistete Versammlungsfreiheit streng achtet.

Ebenso notwendig sei es aber auch, die Bestimmungen über die Inanspruchnahme der Gendarmen bei politischen Kundgebungen und über den Waffengebrauch in solchen Fällen abzuändern. Zu diesem Zwecke wird von dem Antragstellern im wesentlichen die Wiederherstellung der Bestimmungen über den Waffengebrauch in der ursprünglichen Fassung vom Jahre 1920 beantragt, die sich durch acht Jahre einer politisch ebenfalls sehr bewegten Zeit als durchaus ausreichend erwiesen habe. Vor allem aber sei es notwendig, daß der Einsatz von Gendarmerie in geschlossenen Formationen ausschließlich unter der Verantwortlichkeit und im Beisein eines Beamten der politischen Verwaltung erfolge, der die Aufgabe hat, zunächst durch persönliche Einwirkung auf die Demonstranten eine Störung der öffentlichen Ruhe zu verhindern. Erst wenn dieser Versuch erfolglos bleibt, darf nach der vorhergehenden Warnung von der Waffe Gebrauch gemacht werden, wobei, damit auch in dieser Situation blutige Opfer vermieden werden, zunächst nur blinde Schüsse abgegeben werden dürfen.

Die Antragsteller sind überzeugt, daß dieses Vorgehen vollkommen ausreichen wird, um, ohne daß Menschenleben zu befehlen sind, wirkliche Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung hintanzuhalten.

treten; aus diesem Grunde müßten die größten Ersparungen gemacht werden, vor allem durch Abstriche bei den Posten für Schießübungen und beim Rüstungsstand.

Weiters stellt Genosse Heeger an den Minister die Anfrage, ob es in den Prager Kasernen den Soldaten tatsächlich verboten worden sei, während des Weihnachtsturles den Angehörigen Mitteilungen über schlechte Behandlung zu machen und mit Bestrafung gedroht wurde, falls etwas Derartiges herauskäme.

Persönliche Haltung der Kommandanten

die sich um ihre Mannschaft nicht kümmern.

Minister Bialosty erklärte in einem Schlußwort, daß jede Mißhandlung oder Beschimpfung von Soldaten auch im Militärstrafgesetzbuch streng verboten sei. Alle Uebertretungen würden von den Militärgerichten streng bestraft (7); auch in allen möglichen anderen Dienstvorschriften sei jede Mißhandlung verboten. Immerhin habe das Ministerium angefaßt der letzten Fälle einen eigenen Erlass herausgegeben, daß die Offiziere und Rotmeister ihrer Mannschaft die größte Sorge angedeihen lassen und bei der Ausbildung sowie der weiteren Beschäftigung zugegen sein müssen, damit sie über alles orientiert sind. Den Kommandanten wurde zur Pflicht gemacht, sich vor allem um jene Leute zu kümmern, bei denen sich abnorme Verfassens-, Gemüths- oder Willenserscheinungen zeigen, die zurückgezogen oder deprimiert sind, da Selbstmorde oft ganz Kleinliche Beweggründe hätten und durch entsprechendes Einwirken des Kommandanten, Hilfe, Rat oder Zureden, verhindert werden könnten. Gegen jedwede

Ausführungen der niederen Unteroffiziere müsse von allem Anfang an rücksichtslos auf das strengste vorgegangen werden. Künftig werde sich also niemand mehr erdreisten können, daß er von der schlechten Behandlung seiner Soldaten nichts gewußt habe, und jede Vernachlässigung dieser Fürsorge streng bestraft werden!

Die Waldreform im Egerland.

Die Stadt Eger bekommt 400 Hektar Wald.

Nach langen schwierigen Verhandlungen ist nun die Entscheidung über die Durchführung der Waldreform bei der Herrschaft Metternich-Königswarth gefallen. Die Herrschaft muß von ihrem Waldbesitz ungefähr 2000 Hektar abtreten, in die sich der Staat sowie die Städte Eger und Prag teilen. Nach einer schriftlichen Mitteilung des Präsidenten des Staatsbodenamtes an den Abgeordneten Genossen Falck wurde Eger als Käuferin für das rund 400 Hektar umfassende Revier Tetschau-Militzau im Bezirke Königswarth bestimmt. Ferner wird der Stadt Eger das Recht des dauernden unentgeltlichen Wasserbezuges aus dem Revier Ledhaus zugesichert, was für die künftige Wasserzufuhr der Gemeinde von größter Wichtigkeit ist.

Die Reviere Ledhaus und Meiersgrün im Ausmaße von über 1000 Hektar, um die sich ebenfalls Eger beworben hat, sollen der Stadt Prag zufallen. Wie verlautet, will Prag damit einen Tausch vornehmen und dadurch den Straßberger Gärten einschließen. Eine Entscheidung ist in dieser Lauschaangelegenheit noch nicht gefallen. Weitere 483 Hektar des Metternichschen Besitzes werden verstaatlicht und mit einem Komplex von 4676 Hektar Wald, den die Herrschaft Windischgrätz-Tadou abtreten mußte, zu einer Wirtschaftseinheit vereinigt. In Tadou soll eine staatliche Forstdirektion errichtet werden.

Daß die Stadt Eger bei dieser Aktion wenigstens teilweise berücksichtigt wurde, ist ausschließlich auf die Bemühungen des deutschen sozialdemokratischen Abgeordnetenklubs zurückzuführen. Noch vor einem halben Jahre wurde der Stadt Eger nur ein kleines Grundstück vom Ledhauser Revier im Ausmaße von etwa 120 Hektar angeboten und erst vor kurzer Zeit gelang es, die seit zwei Jahren geführten Verhandlungen zu diesem weitergehenden Abschluß zu führen.

Die Böhmisches Industrialbank und die Kalka-Steinwerke in Freiwaldau.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Sehr geehrte Redaktion!

Sie brachten in Ihrer heutigen Nr. 203 unter dem Titel „Für eine Bank gibt es keine Gesetze und Verordnungen“ eine Notiz, behandelnd die unmittelbare Entlassung von 250 Arbeitern der Steinwerke Kalka-Freiwaldau, allerdings mit der Bemerkung, daß dieselbe von der Böhmisches Industrialbank in Prag bederricht wird. Ich muß darauf hinweisen, daß ich mit dieser Verfügung obiger Bank in gar keinem Zusammenhang siehe, vielmehr, daß dieselbe gegen mein dringendes Abstraten erfolgt, da sie weder kaufmännisch betrachtet, noch vom moralischen und sozialen Gesichtspunkt aus gerechtfertigt ist. Es muß die Verantwortung für diesen gewissenlosen und ganz unlogischen Schritt ganz allein der Bank überlassen werden, während ich mich vor allem im Interesse meiner langjährigen Arbeiterschaft nur darauf beschränken kann, die genannte Bank für alle sich hieraus ergebenden Konsequenzen materieller und moralischer Natur voll haftbar zu machen. Ich bemerke schließlich, daß ich, solange die Dispositionen in der Firma sich in meiner Hand befinden, mit meiner Arbeiterschaft stets im vollsten Einvernehmen gewesen und daß mein Unternehmen das einzige war, welches in den schwersten Krisenzeiten im Kriege und in den ersten Nachkriegsjahren weder Arbeiterentlassungen vorgenommen, noch Kurzarbeit eingeführt hat. Ich bitte zur Steuer der Wahrheit obige Zeilen in Ihr geschätztes Blatt aufzunehmen und verbleibe mit ergebener Hochachtung Victor Kalka.

Wie wäre es, wenn der Bezirkshauptmann von Freiwaldau einmal gegen die Bank so streng vorging wie unlängst gegen die hungernden Arbeiter?!

Rinteln deckt Pfrimer.

Graz, 17. Dezember. (M.) Im Heimwehr-Prozess wurde heute unter großer Spannung des Auditoriums der Landesoberstaatsanwalt Dr. Rinteln einvernommen, der eine Darstellung seiner Verfügungen am 13. September 1931 gab und auf die Anfrage der Verteidigung erklärte, daß er in seiner Funktion als Landesoberstaatsanwalt und Chef der staatlichen und autonomen Landesverwaltung und als Chef der Exekutive des Landes von der Heimwehr am 13. September 1931 in seiner Wirksamkeit durch nichts behindert worden sei.

Nach seiner Einvernahme richtete der Verteidiger Dr. Pfrimer an den Staatsanwalt die Frage, ob er nun nicht den Zeitpunkt für gekommen erachte, die Hochverratsanklage gegen Dr. Pfrimer und sämtliche anderen Angeklagten im Heimwehrprozeß zurückzugeben. Der Staatsanwalt antwortete: Wenn eine solche Frage an mich gestellt wird, dann ist die Klage wohl nicht verstanden worden.“

Der vierte Tag des Stribny-Prozesses.

Allerlei Geschäfte. — Optimismus auf der Anklagebank. — Die Zeugen aus Berlin.

Freitag, 17. Dezember. Im Laufe der bisherigen Verhandlungen hat sich die Prozesssituation kaum vom Fleck gerührt und verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß dieser Zustand in dem Prozeß chronisch wird. Die Sache liegt 11 Jahre zurück und nicht nur äußerliche Tatsachen sind von den Zeugen bis über ganz vergessen, sondern auch sehr wesentliche ursprüngliche Zusammenhänge und Tatsachen von weittragender Bedeutung.

Die heutige Verhandlung läßt die unmittelbar an der Sache beteiligten Personen zu Worte kommen. Nach einigen unwesentlichen Ausflügen beginnt die Vernehmung des

ehemaligen tschechoslowakischen Konsuls in Berlin Dr. Podlipný, der in der Anklage als wichtiger Zeuge fungiert.

Seine Anklage ist eine interessante Illustration der Geschäftswelt in der Nachkriegszeit. Geschäfte — „Lustgeschäfte“ — Provisionen und wieder Provisionen! Franz Stribny, sein ebenfalls aktiver Anwalt, hat dem Zeugen im Juli 1920 ein Telegramm geschickt, in welchem eine Intervention in der Waggonlieferungssache verlangt wurde. Zeuge hatte den Eindruck, daß es sich um eine Konkurrenzangelegenheit handelte.

Von der Sache selbst war Dr. Podlipný nach seiner Anklage nicht informiert und hat erst später erfahren, wie alles zusammenhängt. Er übertrug das Telegramm dem Leiter der tschechoslowakischen Kommission für Export und Import in Berlin, Dr. Oberthor, der telephonisch bei Stribny in schärfster Weise wegen der übertriebenen Lieferpreise protestierte. Zeuge war bei diesem Gespräch nicht zugegen, wohl aber Direktor Lustig, Repräsentant der tschechoslowakischen Kommission in Berlin, der sein Erstaunen darüber äußerte, daß Dr. Oberthor mit einem Minister so brieflich verkehrt. Auf Einzelheiten kann sich Dr. Podlipný nicht besinnen. Dagegen befähigt er mit Sicherheit die Vernehmung Stribnys:

„Der Stribny nimmt auch mit den Füßen!“
Das habe er sich gemerkt, weil er diese Äußerung sehr komisch gefunden habe. Stribny sei überhaupt ein Spatzvogel gewesen, dessen Worte man nicht habe tragisch nehmen dürfen.

Dieser Angeklagte bestreitet übrigens energisch die Äußerung und hält dem Zeugen eine Unmenge persönlicher Sachen vor, die das Auditorium deiter stimmen. Der Zeuge behauptet auch, daß Stribny darüber geäußert habe, daß er einen Großteil seiner Provisionen wieder

an Leute aus der Nähe des Ministeriums übergeben müsse. Er habe im Zusammenhang mit der eigenen überhöhten Äußerung unter diesen Leuten niemanden anderen verstehen können, als den Minister selbst.

Auf die Frage Dr. Kohns, ob er als Konsul eine solche Äußerung über einen aktiven Minister der Republik nicht hätte ernst nehmen und höheren Orts melden sollen, meint der Zeuge: „Ach, dann hätte ich tagtäglich Meldung erstatten müssen!“

In fast gleichzeitiger Vernehmung berichtet Dr. Oberthor, der damalige Leiter der tschechoslowakischen Export- und Importkommission, in Berlin, ausgehend und jedes Wort sorgsam überlegend, daß ihm bekanntes kofen. Seine Anklage deckt sich nicht voll mit der vorhergehenden, macht aber manche Zusammenhänge klar. Am 28. Juli 1920 übernahm er nach seinem Urlaub wieder seine Berliner Amtsgeschäfte. Bis dahin hatte er von der Waggonlieferungssache nichts gehört.

An diesem Tage brachte ihm Dr. Lustig zwei Vertreter einer Waggonfabrik, deren Namen er nicht mehr weiß, und die ihm mitteilten,

daß die tschechoslowakische bei der Konkurrenz ungünstige Waggonkäufe tätige, die wegen der Provisionen der verschiedenen Agenten überleitet seien.

Die Vertreter machten den Vorschlag, direkt mit dem Ministerium in Fühlung zu treten um die Provisionssager auszuhebeln. Er meldete sofort „im Staatsinteresse“ dienstlich dem Eisenbahnminister diese Mitteilung der ihm zunächst nur antwortete:

„Sind Sie Eisenbahnkomitee? Was mischen Sie sich herein?“

Diese Antwort habe ihn verblüfft. Schließlich aber erklärte Stribny, die Vertreter der Konkurrenz an übernachsten Tag zu empfangen.

So hat also die Konkurrenz des Hauses Krons und Walter verliert, das Geschäft „auszulassen“ und die unmittelbare Folge war das Telegramm Stribnys an Dr. Podlipný, in dem er um Intervention bat. Denn Stribny vertrat bekanntlich die Interessen der Firma Krons und Walter, von der er auch die Millionenprovision erhielt, während die Konkurrenz, die bei Dr. Oberthor vor sprach, von der Gruppe Lustig-Wolf-Zittelmann gebildet wurde.

Ersten Endes bekam das Geschäft das Bankhaus Krons (wenn auch zu reduzierten Preisen) und Stribny bekam seine Provision, von der er, wie erwähnt, Renten aus der Kasse des Ministeriums, den Großteil abgeben mußte. Dr. Oberthor hat aber den Konsul Podlipný „unfreundlich“ abgemittelt und keinerlei Initiative in dem Konkurrenzkampf ergriffen.

Bezeichnend für die optimistische Stimmung der Angeklagten ist der hellere Ausdruck Stribnys, als der bössliche Dr. Oberthor erklärte, ihn in keiner Weise in eine prekäre Situation bringen zu wollen:

„Ach was! Mich bringt kein Mensch in eine prekäre Situation!“

Die Nachmittagsverhandlung brachte das Verhör der Berliner Zeugen. Als erster wurde Dr. Lustig einvernommen, ein sommerlicher sehr vieljähriger Herr, auch aus dem alten Österreich nicht unbekannt. Die Einvernahme vollzieht sich deutlich. Er hat von einem Waggonfabrikanten erfahren, daß Lieferungen mit der Republik im Gange sind,

die infolge der vielfachen Provisionen und „diskreten Zuwendungen“ ungeheuer übersteuert sind.

Generaldirektor Wolf-Zittelmann wollte daher mit diesem Angebot konkurrieren und direkt Fühlung nehmen, weshalb Lustig in der geschicktesten Art die Vorrede bei Dr. Oberthor arrangierte. Er hat das Telefongespräch angehört und seine Anklage deckt sich im übrigen völlig mit der Dr. Oberthors. Außer der Provision von 5.200.000 Mark für Stribny

sollen noch weitere 2 Millionen Mark „Spezialabgabe“ verlangt worden, doch möglicherweise nur eine weitere Million tatsächlich ausgezahlt worden.

Lustig bekam die Kleinigkeit von 80.000 Mk. (oder Goldmark!) Zur Verschönerung dieses appetitlichen Kuddelmuddels von Interventionen, Spekulationen und Provisionen verliert dieser Zeuge noch ein theoretisches Extramorce über

Tagesneuigkeiten

70 km auf vereister Straße — drei tote.

Aus Uchrod wird geschrieben:
In dem Automobilunglück, das sich am 14. Dezember bei der Gemeinde Kalošín im Bezirk Munkácsó ereignete, werden folgende Einzelheiten gemeldet: In dem Auto, das dem Automobilbesitzer Davidovic aus Munkácsó gehörte, saßen im ganzen sechs Passagiere, u. zw. Markus Paskus aus Munkácsó, der Kaufmann Mittelmann aus Jisova, der 24jährige Samuel Desterreicher aus Munkácsó, Babianskag aus Kalošín bei Munkácsó, Radosch Trojz aus Munkácsó und der Arzt Dr. Kreismann aus Weiß Ruz bei Munkácsó. Das Auto lenkte der Chauffeur Herakovic. Als er sah, daß ein Ipkist auf der rechten Seite ihm entgegenkam, rief er das Auto herum. Es geriet ins Schlenkern und stieß gegen einen Baum, wobei es auch den Ipkisten mitriß. Das Auto wurde zertrümmert. Zwei Schwerverletzte, Desterreicher und Kagg, erlagen im Krankenhaus ihren Verletzungen. Mittelmann wurde schwer verletzt. Sein Zustand ist hoffnungslos. Trojz und Herakovic wurden leicht verletzt. Nach der kommissionellen Untersuchung trägt der Chauffeur Schuld, da er auf der unrichtigen Seite auf vereister Straße mit 70 Kilometer Stunden geschwindigkeit fuhr.

Amerikanischer Bankraub.

Roachdale (Zitat Indiana), 17. Dezember. Zehn Räuber, die mit Karabinern und einem Kalibringeweber bewaffnet waren, überfielen die Bank von Roachdale, erbrachen mittels Nitroglycerin die Fensterräume, überschritten die Telefon- und Telegraphendrähte und entluden mit einer Beute von 45.000 Dollars in bar und Wertpapieren.

Max Pachel's letzter Weg.

Des Grulicher Bauernphilosophen letzter Weg gestaltete sich zu einer noch nie dagewesenen Trauermanifestation des Grulicher Bezirkes. Aus weit entlegenen Ortschaften waren die Menschen trotz dem unfreundlichen Winterwetter herbeigeeilt, um dem alten Kämpfer den letzten Freundschaftsdienst zu leisten zu können. Die Grulicher Ortsgruppe der Freidenker, die die Bestattung übernahm, hat in geschmackvoller Weise die Säule, wo Max Pachel seine Herrgottse schuf, seine Studien betrieb, seine Bücher und Artikel fertigte, angefaßt. Die Grulicher erwarteten vor Eingang der Stadt den Sarg Max Pachel's und eine große Anzahl von Menschen umstand bereits das offene Grab, als der Sarg durch das Spolier im Friedhofe getragen wurde. Noch nie haben die Grulicher Friedhofsmauern eine Masse von Menschen geföhrt wie beim Begräbnis Pachel's. Die Arbeiter- und Bauernvereine Grulich und Karlsdorf nahmen in zwei Chören Abschied, für den Freidenkerverband in Bodenbach Genosse Leib, für die Kreisorganisation Landstron und den „Aldergirgsböden“ Genosse Tinkl, für Ober-Grulich, wo Max Pachel viele Jahre sozialdemokratischer Gemeindevorsteher war, und für den Sozialismus wirkte, Franz Kager, der ihm auch für die Herausgabe der Geschichte des Grulicher Bezirkes dankte, und Genosse Rohner, der in ergreifenden und erdührenden Worten das Leben dieses Wahrheitsforschers und Denkers schilderte. Unter den Klängen der Internationalen wurden die toten Reffen als letzter Gruß dem Sarg nachgewiesen.

Goethe-Denkmal in Marienbad. Aus Marienbad wird uns geschrieben: In der Konkurrenz um die Entwürfe zum Goethe-Denkmal hat die Künstlerjurk keinen der Entwürfe zum Ankauf empfohlen. Demgegenüber beschloß der Ausschuß für 3000 K den Entwurf Willi Ruz aus Weißböden anzukaufen. Er stellt Goethe auf einem Steine sitzend dar, in einer Hand eine

„gesunden Egoismus im Staatsinteresse“, der sich da geoffenbart habe.

Aus Erzählungen seines Freundes, Landtags-Schiff vom „Verband der Waggonfabriken“ weiß er, daß Stribny anfänglich eines Emplanges Herrn Schiff zwar sehr liebenswürdig, dagegen den ihm vorkommenden Stribny sehr unhöflich behandelt und ihm nicht einmal einen Stuhl angeboten habe.

Die Verhandlung geht auf verschiedene vom Prozessthema weit abliegende Fragen ein und verläuft in zahlreichen beiderseits äußerst scharf und geschickt geführten Wortgefechten zwischen der Verteidigung und dem Zeugen.

Friedrich Schick, Lustigs Sekretär seit Oktober 1930, weiß aus eigener Wahrnehmung über die Waggonaffäre nichts und hat erst im Mai 1931 mit Schiff über die Sache gesprochen, der keinen Ober behauptet. Schiff erzählt, er habe leinzeitweise Staatssekretär Burg er besucht und dann in Begleitung Stribnys auch den Minister Stribny. Aus diesem Zeugen gegenüber hat er von der

Abden Behandlung Stribnys

telens des Ministers gesprochen. Der Zeuge hat noch den alten Aufzeichnungen die verschiedenen Provisionsberechnungen rekonstruiert. Es ergibt sich tatsächlich, daß die ursprünglichen Konkurrenz (Lustig-Grupp und Krons) später auf 30 Prozent zusammengearbeitet und fett verdient haben. Nach Abzug verschiedener anderer Provisionen blieben noch 10 bis 12 Millionen Mark Gewinn.

Dies ist der äußere Rahmen, der immer noch nicht entschleierten Vorgänge, die das Substrat dieses Prozesses bilden. Um 7 Uhr wird die Verhandlung vertagt.

Jeder, in der anderen einen offenen Bond Blätter haltend. Die Stadverretung hat für die Errichtung dieses Denkmals 160.000 K bewilligt.

Fremdenlegion-Verder in Mähren.

Vor einigen Tagen ist aus M. Weichselzchen der 19jährige Arbeiter Johann Gramel verschwinden. Gleichzeitig mit ihm wurde auch der 17jährige Josef Derman vermisst. Die letzte Spur der beiden Burichen führt in ein Wirtshaus in Mähr. - Strau, wo sie in Gesellschaft eines Mannes und einer auffallend schönen Frau gesehen wurden. Die Burichen wurden von dem Paar reichlich bewirtet. Die Unterhaltung wurde in deutscher Sprache geführt, wobei aufiel, daß die Fremden mit einer Betonung sprachen, die vermuten läßt, daß sie Franzosen sind. Schließlich wurde noch festgestellt, daß die Burichen von den vermutlichen Franzosen zur Bahn gebracht wurden, wo sie ihnen die Reise nach Prag bezahlten. Die Gendarmereiposten des Bezirkes und auch die Polizei in Mähr.-Osterrn erhielten zur selben Zeit Benachrichtigungen, daß die Fremden sich an einige junge Burichen herangemacht und sie zum Eintritt in die französische Fremdenlegion aufgefordert hätten.

Der entwichene Sträfling. Nach einer Mitteilung der Strafanstaltsdirektion in Karthaus wurde der entwichene Sträfling Boh. Kovak gefahren aufgegriffen und in die Strafanstalt zurückgebracht.

Eine „Larve von Protestversammlungen“ gegen die Protektionswirtschaft bei der Erzielung der Konzessionen will Abg. Petravick, der Generalsekretär des Gastwirtsverbandes, verankeln. Trotz allen Proteste der Wirtse werden immer wieder neue Konzessionen erteilt; Petravick verlangt die Einstellung der Erzielung auf fünf Jahre, und die Konzessionierung des Flaschenbierhandels, wie dies bereits in Bayern der Fall ist — alles Forderungen, welche von seiten der Abstinenzvereine längst aufgestellt worden sind, wenn auch nicht aus denselben Gründen.

Spionage. Auf dem Pariser Nordbahnhof wurde der Spion Hugo Montefiore, der italienischen Ursprungs ist, verhaftet. Montefiore war bereits längere Zeit hindurch von der Polizei beobachtet worden. In dem Augenblick, in dem er verhaftet wurde, unternahm er einen Selbstmordversuch durch Einnehmen von Gift, doch konnte die Polizei dieses Vorhaben Montefiores vereiteln. Die bei dem Verhaftungsvorgang gefundenen Dokumente enthalten verschiedene Angaben über die französische Seeresmacht, hievon einige von größter Bedeutung.

Denkmal für eine, die man im Elend lieben lieh. Auf dem Friedhofe von Grics wurde in Anwesenheit sämtlicher Ortspersönlichkeiten auf dem Grabe von Limbe Dostojewski, der Tochter und Biographin des großen russischen Dichters, die dort im Jahre 1906 in großem Elend gestorben war, ein Denkmal errichtet. Die Revue „Venecja Tridentina“ sammelte die Mittel hierfür.

Der Gesundheitszustand Pola Negris, die sich einer sofort vorgenommenen Operation unterziehen mußte, ist kritisch. Es handelt sich bei der Künstlerin um eine Darmkrankung.

Garage für 17.000 Autos. Beim Victoria-Bahnhof in London wird eben eine umfangreiche Garagenanlage gebaut, wo mehr als 17.000 Automobile untergebracht werden können. Die Anlage, die im Jeder beende, werden soll, erfordert einen Aufwand von 300.000 Pfund Sterling und wird von 30 Gesellschaften für Personen- und Frachtenverkehr benutzt werden.

Schulblattemepidemie. In der Gemeinde Tichowitz im Teschener Tesirke sind seit einiger Zeit, wie uns berichtet wird, mehrere Kinder an Schulblattem erkrankt. In den letzten Tagen hat sich die Krankheit dort verbreitet, daß 25 Kinder an Schulblattem verstorben sind.

Ein sprechendes Wappen. Die Gemeinde Schlog bemüht in ihrem Amtssiegel ein Bild, das im Hintergrunde an einem Wege eine Eiche und im Vordergrund einige Baumstämme darstellt. Das Ministerium des Innern hat nun die Befürchtung, daß die Gemeinde Schlog könnte als Versuch eines sogenannten sprechenden Wappens aufgefaßt werden, wie es eine Reihe von Städten in Böhmen hat (z. B. Falkenau einen Falken, Starckenbach eine Ulme, Zdenowath einen Hirschen, Rasowitz einen Krebs, Sonnenberg eine Sonne unter einem Berge usw.). Der Gemeinde Schlog wird nun nahegelegt, freiwillig auf die Benutzung des bisherigen Bildes im Gemeindefiegel zu verzichten und statt dessen das Landeswappen zu gebrauchen. Wir hatten gedacht, mit der Abschaffung des Adels seien auch die Wappenprivilegien erloschen und es könne nunmehr jeder nach seinem Belieben sich ein Wappen zulegen. Das Ministerium des Innern scheint jedoch anderer Anschauung zu sein und diese Angelegenheit für so wichtig zu halten, daß es ihr festbare Zeit und Kraft widmet.

Schulsperrung wegen Diphtherie in Teschen. Das wiederholte energische Einschreiten des Bürgermeisters amtes in Teschen und die von der Presse angebrachte Haltung der Sanitätsbehörde angefaßt der heftigsten Zunahme von Diphtherieerkrankungen, hat nun endlich dazu geführt, daß die tschechische Bezirksverwaltung als Sanitätsbehörde im Hinblick auf die zunehmende Epidemiefahr verfügt hat, daß der Unterricht an den deutschen Volks- und Bürgerschulen in Teschen vom 18. Dezember angefangen gesperrt wird. Während der Schulsperrung wird eine gründliche Desinfektion der Schulräumen vorgenommen werden.

Brand. Gestern nachts ist das Amtsgedäude der Bezirkshauptmannschaft in Reutte (Tirol) abgebrannt, in welchem neben der Bezirkshauptmannschaft auch das Reutterer Bezirksgericht und die Gendarmereistation untergebracht waren. Die Ursache des Brandes dürfte nach den bisherigen Feststellungen ein schodhafter Kamin sein.

Schulstreik in Schleiswig. Für mehrere Schulen im Regierungsbezirk Schleiswig wurde von der Elternschaft der sofortige Schulstreik proklamiert. Das Motiv des Beschlusses ist die im Hinblick auf allgemeine Sparmaßnahmen veranlaßte Schließung mehrerer Schulen.

Tragödie der Kaschbarschaft. In einer Sitzung bei Halle erstach der Maurer Riehm im Verlauf eines Streites den Gärtner Ackermann, der vor einiger Zeit beim Spanenstehen verfallen einen 15jährigen Lehrling erschossen hatte und seitdem mit keiner Familie von der ganzen Kaschbarschaft verkehrt wurde. Zwar verurteilte Ackermann, sich gegen die einzigen Stacheln durch Weidungslagen mit dem Erfolg zu wehren, daß ihm vor Gericht kein moralisch einwandfreies Verhalten befaßt wurde — aber es kam doch immer wieder zu neuen Verberien. Der nachbarliche Kleinkrieg fand sein blutiges Ende, nachdem Ackermann dem Maurer Riehm, der in seinem Hause wohnt, durch Räumungsbeschl die Wohnung entzogen hatte.

Neue Publizität. Der bekannte Journalist und Publizist Berndorff, der in den letzten Jahren eine Reihe vielgelesener und Kassen erregender Bücher über politische Fragen („Spionage“, „Die russen“ etc.) veröffentlicht hat, erscheint auf dem Buchmarkt mit einem biographisch-psychologischen Essay über Ratuschka, den Attentäter von Bia Tordog und Jüterbog („Was ist das für ein Mensch!“ Verlag Dietz & Co., Stuttgart). Die Publizität ist also schneller als die Justiz und der Prozeßbericht kommt diesmal dem Prozeß zuvor. Berndorff sucht Ratuschka als einen leidlich erpöhlten Menschen (Schizophrene nennen die Psychiater solche Fälle) darzustellen und will den Versuch dieses Seelenleidens in einer Hypothese des 15jährigen Ratuschka durch einen reisenden Gaukler erkennen. An dem leidend geliebten und jahrelangen Material beibringenden Büchlein fällt immerhin auf, wie geschick der Autor die kassenmäßige Befangenheit der Polizei zu markieren weiß. Von der Kommunistenag der ungarischen Polizei ist kaum die Rede, jedenfalls nicht von ihrem politischen Charakter, und die Haltung der Wiener Polizei wird so halb und halb mit ihrer legeren Ahnungslosigkeit entschuldigt, obwohl auch Schobers Mittel die Anzeige nicht zur Kenntnis nahmen, weil es sich um einen „Hobrikanten“ handelt! So studiert man nebenher in diesem sicher von Lesenden verhängenen, so hochachtbaren Büchlein eines hoch scharfblickenden und versierten Autors ein wenig die schönfärbische Klassenpublizität.

Ein Reihorn in Bogdad. Die 20jährige deutsche Pilotin Elli Reihorn ist auf ihrem Rückflug nach dem Fernen Osten in Bogdad eingetroffen.

Schülerkriegsweser mit Schweden. Nachdem schon seit längerer Zeit Briefwechsel zwischen einzelnen deutschen und schwedischen Schülern sich angebahnt haben, ist vor kurzem in Schweden eine halbamtliche Stelle für den Schülerkriegsweser mit Deutschland ins Leben gerufen worden. Ihr Leiter ist phil. mag. Herbert Gejret. Der schwedische Philologenverband hat sich eifrig für die Sache eingesetzt und Aufrufe nicht nur in seinem Verbands-Mat, sondern auch in der großen Stockholmer Presse veröffentlicht.

Fliegerkehr Schweden — Mitteleuropa im Winter 1931/32. Bis Ende Februar 1932 findet von jetzt ab ein Fliegerkehr zwischen Schweden und Mitteleuropa auf der Strecke Malmö — Ruppenhagen — Hamburg — Essen — Mählsheim — Düsseldorf — Hannover — Brüssel statt. Den Verkehr auf dieser Strecke bedient die belgische Luftfahrtsellschaft Sabena, und zwar mit je einem Flug wochentlich in beiden Richtungen. Abflug von Malmö 8.30 Uhr, Ankunft in Brüssel 14.40 Uhr. Abflug von Brüssel 7.30 Uhr, Ankunft in Malmö 15.40 Uhr.

Auf dem Bau.

An einem Abende des Monats März, als ich wieder einmal das Land ohne Keller in der Tasche, hungrig, abgeküht, begabete ich einem Baumeister, den ich noch von den früheren Zeiten her, als ich noch in guter Stellung war, kenne. Na, dachte ich mir, jetzt bist du wenigstens für die Nacht gerettet, obwar er als geizig bekannt ist, wird er mit mir Rücksicht auf unsere früheren Beziehungen wenigstens ein paar Kronen auf ein Nachtlager geben. Er zeigte sich mir sehr mitfühlend, doch in diesem Punkte schweig er und ich gerante mich nicht, die für mich sehr wichtige Frage anzuschneiden, da er mir Arbeit auf einer seiner Neubauten anbot. Ich sagte ihm für diese zu und am nächsten Morgen stand ich vor seiner Baukanzlei, um mit der versprochenen Arbeit zu beginnen.

Die Kanzlei war geschlossen und ich wartete also, bis jemand käme. Die Kanzlei befand sich auf dem Bauhofe und es lagen hier Balken und verschiedene Baugeräte, doch alles in schäblicher und peinlicher Ordnung. Ich setzte mich auf eines der herumliegenden Holzgerüste und betrachtete meine Umgebung, als mein Blick auf das der Kanzlei gegenüber liegende Haus fiel, aus dessen einem Fenster sich eine dicke Frauengestalt im Regal herausbeugte und mir mit freischwebender Stimme zurief, was ich da wolle. Ich sagte etwas von Arbeit und vom Baumeister, dann freilich es wieder, ich soll auf den Bauleiter warten, der Herr schläft noch.

Schon, dachte ich mir, ich werde warten. Es kam dann ein kleines trockenes Männchen, rüchelig und mit gekrümmtem Rücken, das zu mir aufschaute, es war, wie sich dann später herausstellte, der Bauleiter. Sein Blick war sehr misstrauisch und seine Worte waren anders als üblich; war es, daß er sich mir überlegen zeigen wollte, kurz, ich fühlte es, daß er mir den Herrn zeigen wollte und spürte sofort einen Haß gegen mich. Ob ich einen Krampfen oder eine Schanfel habe, fragte er mich dann, und als ich es verneinte, sagte er mir, ich solle mit sofort das Werkzeug holen, das Geld hierfür werde er auslegen und mir dann vom Lohn abziehen. Er gab mir 20 Kronen und ich ging zu dem nächstliegenden Eisenwarengeschäft, um mir das Werkzeug zu holen. — Darauf wurde ich zur Poststelle geführt, die etwas abseits auf einem hügeligen und steinigen Terrain zwischen grünen Feldern lag. Die Erde war feucht, es war, wie man sagt, ein T-gekrühter Tag, in dem ich mit meinen Halbshuhen bei jedem Schritt versank und in dem die Schuhen, heden blieben. Der Bau war noch sehr jung, man mochte erst die Fundamente, es waren fünf oder sechs Männer und zwei Frauen, die dort arbeiteten. Mir wurde sofort die Arbeit zugewiesen, und zwar sollte ich Steine laden. Ich holte mir einen Schubkarren und lud die Steine auf. Es waren schwere und kantige Porphyresteine, an denen ich mir die Haut auf den Händen blutig rief. Als ich den Schubkarren voll hatte und hinauffuhr zur Bauhütte, dachte ich, mir würden alle Muskeln reißen. Obwohl es sehr kalt war und wiederum zu schneien anfing, schwebte ich wie im Hochsommer und beim dritten Schubkarren konnte ich nicht mehr weiter. Anstatt auf dem als Unterlage benutzten Brett fuhr ich neben her und da die Straße sehr schmal war, rutschte das Rad seitwärts ab und der Schubkarren löste den Steinen und kam mir, da ich ihn mit beiden Händen krampfhaft hielt, föllertun von dem Hügel herab. Als ich dann, noch Kopf bis zu den Schultern drehtig aufstund, da hätte ich beinahe geweint, während ein Arbeitskollege sich den Bauch

Tanks

und „Strede auf Erden“!

Die Weihnachtsfriedensbotschaft 1931 ist diesmal von ganz besonderer Bedeutung, weil wenige Wochen nach diesem Weihnachtsfest die Abrüstungskonferenzen des Völkerbundes in Genf zusammentritt.

Daß diese Abrüstungskonferenzen eine heftige Arbeit vor sich hat, beweist ein kurzer Überblick über die moderne Waffe des Krieges, die man eigentlich erst seit dem Weltkrieg richtig „fortentwickelt“ hat, die Tanks.

Bei Kriegsende hatte das deutsche Heer lediglich einige Dubsende, England etwa 1800, Frankreich 4 bis 5000 und Amerika 1400 Kampfwagen in der Westfront stehen. Bewaffnet waren sie lediglich mit Maschinengewehren und Revolverkanonen. Die Panzerung war so schwach, daß man sie mit einem besonderen Maschinengewehrgeschloß durchschlagen konnte.

Deute verfügt Frankreich über rund 3700 Kampfwagen modernster Konstruktion, Polen über 350, Rußland über 250, England über etwa 600 und die Vereinigten Staaten von Amerika über etwa 1000 Kampfwagen des neuesten Typs.

Die moderne Tankindustrie hat unter dessen 6 Kampfwagen - Typs herausgebracht:

1. Kleinampfwagen unter 5 Tonnen.
2. Leichte Kampfwagen von 5 bis 7 Tonnen.
3. Mittlere Kampfwagen von 7 bis 15 Tonnen.
4. Halb-Unterstützungskampfwagen von 9 bis 12 Tonnen.
5. Schwere Kampfwagen über 15 Tonnen.
6. Sonderkampfwagen für Nebel- und Gasbomben sowie für besondere Pionieraufträge.

Die Panzerung der Tanks steigt von 8 Millimeter bis 50 Millimeter. Die französischen schweren Kampfwagen „Char de rupture“ sollen sogar gegen den Beschuß aus Feldkanonen gesichert sein. Die Wagen sind bis zu 100 Tonnen schwer, verfügen über 2 Drehtürme, 2 Feldkanonen und

hielt vor Lachen. — Als ich aufschaute, stand schon der Herr Baumeister vor mir, der sich mein Mißgeschick bejah; ich wurde nun zur Hölpele zugeteilt. Mit dem nämlichen Arbeitskollegen, dem ich so ins Lachen verlegt hatte, ein junger Reichdeutscher, ein Arel von rüstigen Kräften. An der Hölpele mußten wir drehen; an dem sich aufeinanderziehenden Seil waren zwei Hunte befestigt, die wir von der einen Stelle auf die andere hinüberziehen mußten. Während ich mit beiden Armen die Hölpele nicht zu rühren vermochte, drehte mein Kollege mit einem Arm wie an einem Seilerfaden und der vollgeladene Hant kam geflogen. — Wir drehten aber gemeinsam und ich hatte Gelegenheit, die Kraft zu bewundern, mit welcher er die Hölpele schlenkerte. — Ich wurde von der mir ungewohnten Arbeit sehr müde und als mein Kollege in plötzlicher Hastheit mit dem Seilern aussetzte und wegging, drehte ich die Kurbel auf einmal von selbst, doch nach der anderen Seite und der Hant, der von unten auf einem ansehnlichen Geleise herangezogen werden sollte, fuhr mit einer Riesenschnelligkeit hinunter, um dann an einer scharfen Kurve zu entgleisen und umzukippen. Da kam auch der Herr Baumeister und da es schon Frühstückszeit war, ich aber außer meiner Müdigkeit einen beträchtlichen Hunger verspürte, wagte ich, ihn um einen Vorstoß zu ersuchen. Da bin ich aber schön angekommen. Was die Hölpele an Teufeln hatte, das kam jetzt bei ihm

eine 15 Zentimeter Haubitze. Diese Riesen-tanks, von denen Frankreich etwa 90 Stück unterhält, erreichen eine Geschwindigkeit von 15 Kilometern in der Stunde. Sie können die stärksten Hindernisse überwinden und ganze Häuser zerdrücken.

Daneben verfügt Frankreich über 1600 leichte Kampfwagen, die eine Geschwindigkeit von 45 Kilometern erreichen können. Sie sind überall im Gelände zu gebrauchen und folgen sowohl der Infanterie wie der Kavallerie.

Neben seinen offiziellen Tanks verfügt Frankreich noch über etwa 3000 Kleinampfwagen allerleichter Konstruktion, die unter „Infanteriegerät“ verbucht werden.

Italien experimentiert momentan immer noch mit seinen Tanks. Bekannt ist lediglich, daß die italienische Armee 140 leichte Kampfwagen besitzt. Die schwereren Typen werden geheim gehalten.

England hat neben seinen etwa 200 Kleinampfwagen 200 mittelgroße Tanks. Ein neues Modell von 32 Tonnen, das 40 Kilometer in der Stunde zurücklegt, wird augenblicklich eingeführt.

Die Vereinigten Staaten besitzen 900 leichte Kampfwagen, etwa 80 schwere Tanks; einige Typen allerhöchsten Kalibers werden momentan in den Versuchswerkstätten ausprobiert.

Wie wäre es, wenn die modernen Militärstaaten beim Zusammentritt der Abrüstungskonferenz zunächst einmal einen Stillstand oder einen prozentualen Abbau ihrer Tankindustrie vereinbaren würden?

Aber was werden die Generalstäbe und die Kriegsfabrikanten dazu sagen? Wenn man keine Typen mehr konstruieren und keine Divisenden mehr einführen kann?

herausgefahren und er sagte, nein er freilich in dem höchsten Distrikt, ich solle schauen, daß ich fortkomme. Ich wurde daraufhin wieder an eine andere Stelle versetzt, und zwar kam ich wieder in den Bauhof, um aus einem großen Haufen alter Ziegel und Bausteine die guten, noch verwendbaren herauszusuchen und auf eine Durchweite gegenüber zu werfen. Der Baumeister sah mir bei meiner Arbeit zu und war sehr freundlich, doch der Bauleiter konnte mich nicht leiden und ich mußte mir manche spitzige Worte von ihm anhören, bis es mich verdross und ich wegging. Es war kurz vor fünf Uhr nachmittags, ich nahm meinen Lohn von 32 Kronen in Empfang und wollte weggehen, da kam der Herr Baumeister und sprach mir das Geld für das Werkzeug ab, auf das ich vergessen hatte. Der Baumeister meinte, ich solle es zurückhaben und mir das Geld zurückgeben lassen, was ich dann auch tat, doch der Eisenhändler, von dem ich das Werkzeug hatte, machte sich noch einen Abzug für die Abnutzung, obwar das Werkzeug von mir gar nicht benutzt worden war. So hatte ich mich einen ganzen Tag auf dem Bau geschunden, hatte mein Schuhwerk und meine Kleider ruiniert, ohne Gewinn, ja mit Verlust habe ich gearbeitet. Arme und Beine taten mir weh, als wäre ich gerädert worden. — Nun konnte ich von vorn anfangen und mit der Erlaubnis abendte, daß die „gewöhnliche“ körperliche Arbeit so gelernt sein will wie Kanzleiarbeit. A. F.

Vom Rundfunk

Schulrundfunk in Oesterreich. Im Beirat der Radio-Verkehrs-A.G. („Ravag“) in Wien wurde mitgeteilt, daß sich die Teilnehmerzahl Ende November auf 462.193 gegen 456.354 Ende Oktober stellte. Bezüglich des Probezeitens zur Einführung gelangenden Schulrundfunks in Oesterreich wurde bekanntgegeben, daß die Probeendungen ab Januar 1932 beginnen. Der österreichische Schulrundfunk wird nach deutschem Muster bloß Darbietungen an die Schule herausbringen, die die Schule aus Eigenem nicht immer leisten kann. Bezüglich der Frage der geplanten Radiovermittlungszentrale ist die Ravag der Ansicht, daß früher oder später eine solche Radiovermittlungszentrale kommen werde. Auf jeden Fall müsse bei einer Konzessionserteilung an die amerikanische Standard Electric die Ravag gehört werden. Es wurde dann ein Antrag zum Beschluß erhoben, wonach die Frage der Erteilung der Konzession zur Errichtung einer Radiovermittlungszentrale sowohl vom wirtschaftspolitischen als auch vom Standpunkte der Radiolörer von höchster Wichtigkeit ist und daß deshalb den Vertretern aller Gruppen Gelegenheit geboten werden solle, zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Feittage ohne Alkohol und ohne Rauchenammer.

Es ist eine alte Sitte, an Weihnachten und Epiphany einen Funck zu brauen, und leider bekommen auch die Kinder oft ein Gläschen davon. Man hat das Bedürfnis, die „Stimmung“ zu heben, erzeugt künstlich eine alkoholische Fröhlichkeit und die Folge davon — ist ein Brunnenschüssel und ein rüchtiger Rauchenammer am nächsten Tage. Daß man herrliche Funcke und Bowlen aus natürlichen, unvergorenen Früchtlösten und aus frischen Früchten bereiten kann, ist leider bei uns noch wenig bekannt. Das Bäcklein: „Was sollen wir trinken?“, herausgegeben vom deutschen Frauenbund für alkoholfreie Kultur, zu beziehen durch die Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundheit, Prag II, Brekhova, bringt viele Rezepte zu solchen alkoholfreien Feittagen. B. B. Familienpunsch: Man nimmt 1 bis 2 Liter nicht kochendes Wasser, gibt die gleiche Menge Apfel-, Trauben- oder Himbeersaft nach Geschmack zu, dazu Saft von 1 bis 2 Orangen oder Zitronen, und Zucker, nebst etwas Gewürz; gut durchmischen und einige Minuten erhitzen (nicht kochen). — Orange-Bowle: Die Schalen von drei Orangen werden tags vorher auf Zucker abgerieben und mit drei Eßlöffel Eiter Apfelsaft begossen. Vor dem Genuß verdünnt man die Extrakt mit Johannisbeer- oder Kompottsaft oder Sodawasser. Nach Geschmack noch Zitronen- und Zucker zusetzen. Geträubt trinken. — Einlaß-Rezepte für „trockene“ Funcke und Cocktails aus dem Lande der Prohibition: Eine Flasche Sodawasser mit Orangensaft mischen, dazu Saft einer Grapefruit, Zucker und einen halben Liter starken Tee. Alles gut durchmischen und kalt servieren. — Gewürzpunsch: Eine Tasse Wasser mit einer Tasse Zucker und einem halben Kaffeeöffel Gewürznelken und einer halben Stange Zimmt langsam kochen lassen, bis ein würziger Sirup entsteht. (Gewürze in Organinfäden, damit leicht herauszunehmen.) Dann kalt stellen und mit Orangensaft oder Saft von frischen Orangen vermischen und noch etwas Kompottsaft dazugeben, am besten Pfirsichsaft.

Weisse Zähne: Odol-Zahnpasta

Die abseits stehen.

Paul trottel müde und frierend durch die Straßen. Der Wind segt scharf und unbarmerherzig um die Ecken; seiner, nadelstarker Eiswind beißt das Gesicht wund und läßt die schneidende Kälte, mit der der Wind durch den schneeheligen, abgerogenen Mantel des Arbeitslosen schlägt, noch doppelt so deutlich spürbar werden.

Von einem Turme schlägt es sechs Uhr. Die Menschen auf den Straßen eilen hastig mit hochgeschlagenen Krügen, ihren Wohnungen zu. In den Geschäften drängen sich eilige, nervöse Käufer um abgehetzte Verkäuferinnen, denen der ruhelose Wirbel der letzten Tage alle Spannkraft, alle Freude auf das Weihnachtsfest genommen hat, und die nur eines denken: Ruhe — nur Ruhe — — drei Tage lang ausruhen können: kein pikantes Wort der Käufer, keine rüchtschleife Zurechtweisung des Chefs stillschweigend entgegennehmen müssen! — Weihnachten — Fest der Freude, des Jubels, des Gelächers —? O nein; drei Tage der Ruhe, des Schlafens — dann wieder weiter — weiter — — wer weiß, auf wie lange noch...

Autos hüpen, Straßenbahnen lärmen, Zeitungsverkäufer rufen die Abendblätter aus, und zwischen offenden Schiebern und hungrig, mit blauen Lippen und frostschnellen Fingern, der Arbeitslose durch das Gewühl der Menschen, ihm ist so grenzenlos elend zumute, so zum Abend schwach, und nur seine Beine, die mechanisch die gewohnte Bewegung des Schreitens vollführen, wodurch dem Sinken. Was ist mögliches Tun vor dem Finstern. Was ist wohl schlimmer, der Hunger oder der Frost? — Er weiß es nicht. Seine trüben Augen sehen nicht die Menschen; er blickt nicht auf, wenn er

angerannt wird; er hebt nicht den Kopf, wenn ein böser, eiliger Jutur ihm nachfliegt — wie eine Marionette geht er die Straße entlang, mit einknickenden Knien und pendelndem Kopfe. Hunger! — Frieren! — Essen! — Wärme! — Das sind die Begriffe, die wie grausame, unerbittliche Dämonen in sein Hirn eingetrallt sind. Mechanisch bewegt er die Lippen. Einen Augenblick lang bleibt er in dem warmen Luftstrom stehen, der aus der geöffneten Tür eines Geschäftes ins Freie schießt. Dann schließt sich die Tür, und es ist wieder kalt wie vorher.

Paul trottel weiter. Vor einem Restaurant bleibt er stehen. Wie gebannt starrt er durch die hohen Scheiben auf die Männer, die an weißgeklebten Holztischen Wurst essen und helles, gelbes Bier dazu trinken. Unbewußt bewegen sich seine Lippen wie die der drinnen Kauenden; unbewußt macht seine Kehle die gleichen Schluckbewegungen wie die der Trinkenden — bis er aus der Täuschung erwacht und doppelt deutlich die krampfende Verzehr seines Magens spürt. Er hebt die Beine und stampft taktmäßig auf, um Leben und Gefühl in die erstarrten, verklammerten Füße zu bringen, aber ein dampfer Schmerz läßt ihn gleich wieder einhalten. „Wärme!“ ist ein einziger Gedanke.

Jägernd öffnet er die Tür des Volols. Er will nicht betteln, nicht bei den Gästen und nicht beim Wirt; nur aufwärmen will er sich, die grausame, zerschneidende Kälte aus den Gliedern vertreiben.

In der Ecke steht der eiserne, rotglühende Kanonenofen. Wenn er doch nur zehn Minuten lang daneben sitzen dürfte...

Aber der Kellner hat ihn schon bemerkt. Er sagt Paul am Arm: „Hier gib's nichts zu schnorren!“

„Nur ein bißchen aufwärmen!“ betteln die

Blicke des Arbeitslosen den Kellner und den wohlbeleibten Wirt hinter dem Schankisch an. Doch der winkt mürrisch ab. „Raus, raus!“ Der Kellner schiebt den Arbeitslosen auf die Straße. Fröstelnd von dem scharfen Luftzug schließt er wieder die Tür. „Scheußlich, die Venner den ganzen Tag“, sagt er zu einem Gast. Der Angesprochene, der eben das vierte Bier ausgetrunken hat, nickt stumpsinnig vor sich hin und bestellt ein neues Glas.

Weiter tappt Paul durch die Straßen. Er wirft einen Blick, den Blick der verzweifeltsten Kreatur, auf die Normaluhr: es ist kurz vor sieben. Um acht erst wird das Logis geöffnet, in dem er jede Nacht auf einer Pritsche schlief. Seine frosterharte Hand umklammert wie einen Schatz das letzte dünne Geldstück — wenn er es verliert, ist er obdachlos, schußlos der Kälte und der schweigenden Unerbittlichkeit der Nacht ausgeliefert. Nach den Feiertagen bekommt er erst wieder Unterstützung — bis dahin muß er, der seit zwei Jahren Arbeitslos, sich das Schlafgeld zusammenbetteln.

Er geht in zwei, drei Bäckelöden und bittet um eine Schrippe. Im letzten bekommt er zwei Pröschchen und ein Stück Stolle. Hinter ihm rasselnd die Rolläden herunter. Es ist sieben.

Noch einmal lebt die Straße auf. Das Meer der Verkäufer und Verkäuferinnen eilt nach Hause. Noch einmal sind die Straßenbahnen und Autobusse überfüllt, verschlucken die Schächte der Untergrundbahn dunkle Menschenwärme. Dann wird es still. Die Lampen in den Geschäften erlöschen. Die Warenhändler erstarren zu dunklen, leblosen Steinlösen. Die Lichtreflexen funkeln noch einmal auf und sind dann verschwunden — — der heilige Abend beginnt.

Paul läuft immer noch durch die Straßen. Sein Hunger ist gestillt, aber die Kälte schlägt mit immer erbarmungsloseren Fingern in seine Glieder. Sein Kopf ist eiskalt und leer. — Unbemerkt rinnen ihm Tränen der Verzweiflung über das Gesicht und hinterlassen dünne, glänzende Spuren auf der roten, gesprungenen Haut. Hinter den Fenstern funkeln mit fetigen, warm leuchtenden Lichtern die Weihnachtsbäume auf. Ab und zu dringt schwacher Gesang und Klavierpiel durch die Scheiben: „Stille Nacht, heilige Nacht...“ Aber Paul hört es nicht. Er denkt nicht an die Glücklichen da drinnen; er empfindet keinen Reiz; er denkt nicht an seine Kindheit, an seine Wünsche, Hoffnungen, Jugend — er friert nur. Sein Körper friert, und seine Seele friert! So bewegt er sich gefühllos, eine halberharte Kreatur, durch die dunklen Straßen.

Endlich ist es acht. Paul bezahlt sein Schlafgeld, und dann sitzt er mit dreißig, vierzig anderen in dem engen, schmuzigen, doch schon warmen Raume. Sie sitzen um den Ofen und sprechen davon, daß morgen die Menschen wohl gebefreudiger sein werden als sonst — daß morgen in allen Krankenhäusern schöne, fetige Suppe an die Armen verteilt wird — daß man vielleicht gar, wenn man Glück hat, an irgendeiner Tür einen Teller Kartoffeln und Fleisch bekommen kann. — Sie sprechen von allem Möglichen, nur vom heiligen Abend nicht. Kein Baum erinnert daran; keine Hand streicht leicht über gebeugte, grameladene Nasen; keiner vernimmt die weihnachtliche Verbeugung: ... und den Menschen ein Wohlgefallen...

...aber um zehn, wenn alle ins Bett müssen und das Licht erlischt, dann träumen sie davon — die abseits stehen! Walter Schirmer.

